ATZE



X 12/93

Antifaschistische Zeitung Kiel Nr. 20

Oktober/Dezember 1993 2,50 DM

Misthaufen der deutschen Justiz

Liebe Leser, Liebe Leserinnen,

Ihr seid es gewohnt, an dieser Stelle erste Hinweise auf die inhaltlichen Schwerpunkte des Heftes zu finden. Ausnahmsweise möchten wir im Vorwort zu dieser Ausgabe ein wenig die Situation der ATZE schildern.

Die ATZE existiert nun seit 5 Jahren; zwanzig Ausgaben sind bisher erschienen. Die Zeitung ist für viele aktive Antifaschistinnen in Schleswig-Holstein ein wichtiges Arbeitsmittel - unter anderem weil sie über die regional tätige rechte Szene natürlich detaillierter informieren kann als bundesweite Antifa-Infos. Anderen dient sie als Orientierung bei aktuellen politischen Fragen aus den Bereichen Neofaschismus oder Flüchtlings- und Einwanderungspolitik.

Zugleich dient die ATZE jedoch nur gelegentlich der politischen Vorbereitung oder unmittelbaren Unterstützung einer Kampagne. Die ATZE-Redaktion bemüht sich zur Zeit um eine Reihe von Veränderungen, die diese Möglichkeit verbessern helfen. Hierzu zählt zum Beispiel ein regelmäßigeres, berechenbares Erscheinungsdatum. (Einige werden bemerkt haben, daß es in diesem Jahr nur drei ATZE-Hefte gegeben hat.)

Die ATZE kann und muß in Perioden schwächerer Aktivität den Aktiven und Interessierten Informationen anbieten und die Teilnahme an Diskussionen erleichtern. Aber sie kann natürlich eine lebendige und wirkungsvolle Antifa-Arbeit dauerhaft nicht ersetzen. Denn ein Werkzeug wie die ATZE ist nur so wirkungsvoll wie die Hand, die mit ihm umzugehen gelernt hat.

Die gegenwärtige Entwicklung dieser Gesellschaft nach rechts im allgemeinen und die im nächsten Jahr anstehenden Wahlen mit den Kandidaturen faschistischer Parteien im speziellen machen die Entwicklung antifaschistischer Aktions- und Arbeitskreise sowie von entsprechenden Bündnissen nötig, die sich mit unterschiedlichsten Methoden am gemeinsamen Ziel des Zurückdrängens faschistischer Aktivitäten und ebensolcher Politik in Wort und Tat befassen. Hieran mangelt es jedoch in den meisten Orten des Landes. Dabei liegt darin eine der Hauptaufgaben der AntifaschistInnen in nächster Zeit.

Dieser Prozeß wird sich dann auch in der ATZE wiederfinden und sie hoffentlich noch interessanter und vielfältiger machen. Wir freuen uns auf Eure Unterstützung.

Die **ATZE**-Redaktion

Atze

Antifaschistische Zeitung
Kiel
Schweffelstraße 6,
24118 Kiel
Auflage: 900
Nr. 20, Oktober/Dezember 1993
V.i.S.d.P.: W. Petersen
Abdruck, auch auszugsweise, nur nach Rückfrage bei der Redaktion oder den AutorInnen.
Bankverbindung:
S. Petersen
KtoNr.: 47 53 83 - 204
Postgiroamt Hamburg
BLZ: 200 100 20
Redaktionsschluß für die Nr. 21: 1.Dezember. 1993

Inhaltsverzeichnis

Braunzone und Staat

Schleswig-Holstein

Namen, Daten, Fakten

Asyl

Sonstiges

DVU-Maunz zur Großen Armee abberufen

Führender Staatsrechtler der Bundesrepublik war jahrelang enger Mitarbeiter von Nazi-Frey

Als hätten sie es geahnt: In der Festschrift zu seinem 70. Geburtstag rühmten die ihn ehrenden Juristenkollegen die „Vielzahl seiner Fähigkeiten und Eigenschaften", die sich „seit jeher in allen seinen vielfältigen Stellungen und Tätigkeiten" vereint und bewährt habe. Das war 1971. Zu diesem Zeitpunkt war Theodor Maunz, bereits unter Hitler und dann unter Adenauer führender Staatsrechtslehrer, schon seit Jahren nebenher als „treuer Wegbereiter und persönlicher Berater" von Gerhard Frey tätig.

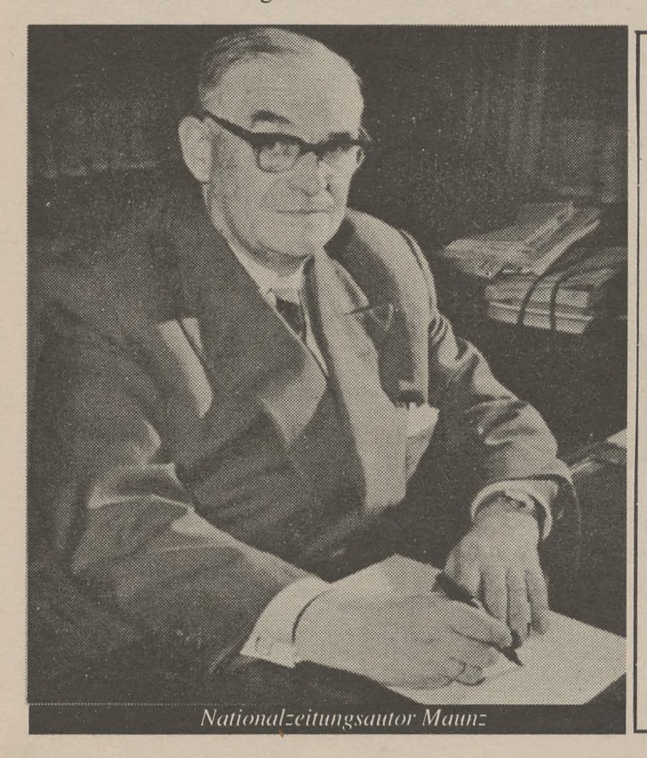
Das enthüllte der DVU-Chef und Herausgeber des Fascho-Kampfblatts *Nationalzeitung* jetzt nach dem Tode von Maunz, der vor sechs Wochen 92jährig starb. Auch, so berichtet Frey, habe Maunz über eineinhalb Jahrzehnte hindurch beinahe allwöchentlich ohne Autorenangabe in der „Nationalzeitung" geschrieben.

Insider fragten sich schon lange, warum die DVU fast alle Prozesse gewann, die gegen sie angestrengt wurden. Ob es darum ging, die Nibelungenhalle in Passau für Großveranstaltungen zu bekommen oder in Hamburg noch mehr Fernsehwahlspots für die DVU durchzusetzen, immer war Frey juristisch erfolgreich. Auch der Antrag der Bundesregierung, ihm politische Grundrechte zu entziehen, scheiterte 1968 vor dem Bundesverfassungsgericht. Nach den jüngsten Veröffentlichungen in der Nationalzeitung wissen wir nun: Frey hat seine Erfolge nicht nur seinen Anwälten zu verdanken, sondern auch den Ratschlägen von Maunz, der sogar die DVU-Satzung auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin überprüfte.

Und da war Maunz anerkannter Spezialist; hatte er doch als Mitverfasser des führenden Kommentars zum Bonner Grundgesetz, zusammen mit dem jetzigen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Roman Herzog, dem Tübinger Professor Günter Dürig und dem Berliner Staatsrechtler, Ex-Verteidigungsminister und Kohl-Spezi Rupert Scholz, wesentlichen Einfluß auf Rechtsprechung und Lehre. Richter und Anwälte benutzen seinen Kommentar, an den Juristischen Fakultäten wird noch heute aus seinen Büchern gebüffelt. Dabei legte Maunz immer besonderen Wert auf die Kontinuität vom Faschismus zur Adenauer-Republik: „Er war einer der strengsten Verfechter der Konstruktion der BRD als Nachfolgestaat des Deutschen — Dritten — Reiches." (so Heinrich Senfft, Rechtsanwalt der ZEIT u.a. im Prozeß Filbingers gegen Hochhuth).

Diese Kontinuität über das Jahr 1945 hinweg vertrat Maunz nicht nur in seinen juristischen Schriften, er verkörperte sie auch wie sonst nur Hans Globke, unter Hitler Kommentator der Nürnberger Rassegesetze, unter Adenauer Staatssekretär im Bundeskanzleramt.

Maunz begann seine Karriere 1934, als er in seiner Broschüre „Neue Grundlagen des Verwaltungsrechts" die Einwirkung des Führers auf die Rechtsfindungstätigkeit beschrieb: „Sie besteht einmal in der autoritativen Feststellung dessen, was Recht ist, durch gesetzlichen Ausspruch, sodann aber auch in der geistigen und willensmäßigen Gesamtbeeinflussung, im Sinne des Führers Recht zu sprechen."



Nationalzeitungsautor Maunz

Rechtsgutachten

zur Ablehnung von Postwurfsendungen durch die Deutsche Bundespost.

Nach § 8 des Postgesetzes ist jedermann zur Inanspruchnahme der Einrichtungen des Postdienstes berechtigt.

Am 30.12.92 lehnte die Deutsche Bundespost näher bezeichnete Postwurfsendungen der Deutschen Volksunion ab. In der Begründung

Die Ablehnung der Postwurfsendungen der Deutschen Volksunion durch die Deutsche ~~Post~~ Bundespost ist daher nicht berechtigt.

12.1.93

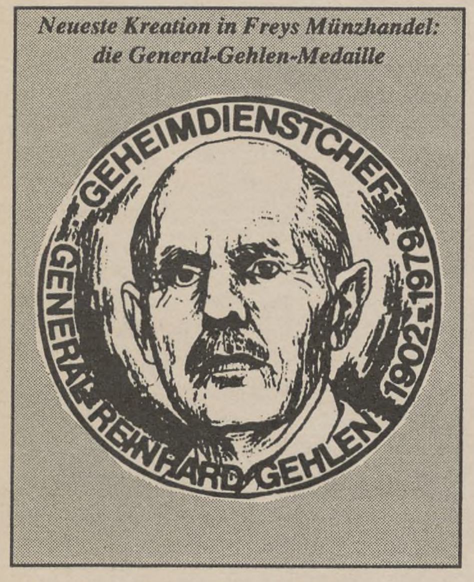
Theodor Maunz

Wie sich die *Nationalzeitung* (24. 9. 93) mit ihrem „wunderbaren" Wegbegleiter brüstet.

1937 schrieb er, inzwischen ordentlicher Professor in Freiburg geworden: „Gesetz ist geformter Plan des Führers und damit Ausdruck völkischer Lebensordnung. Der geformte Plan des Führers ist oberstes Rechtsgebot."

Maunz machte sich jedoch nicht nur wie sein Lehrer Carl Schmitt — Hitlers Kronjurist — um die staatsrechtliche Grundlegung des Dritten Reiches verdient, sondern beschäftigte sich auch mit dem Detail. So befaßte er sich 1943 in seinem Werk „Gestalt und Recht der Polizei" mit dem Wesen der Gestapo. Dieses bestehe darin, „alle staatsgefährlichen Bestrebungen zu erforschen und zu bekämpfen. Eines der Kampfmittel ist der Entzug der Freiheit . . ." Und dieses Kampfmittel konnte willkürlich eingesetzt werden. Hat Theodor Maunz von den mörderischen Folgen seiner Theorien nichts geahnt? Es sieht eher so aus, als ob er sie mehr als nur in Kauf genommen hätte.

Neueste Kreation in Freys Münzhandel: die General-Gehlen-Medaille



Distanziert hat sich Maunz jedenfalls nie von seiner Tätigkeit während des Faschismus, auch nicht 1964, als er als bayerischer Kultusminister zurücktreten mußte. Hildegard Hamm-Brücher und andere hatten seine Vergangenheit enthüllt. Seine Stellung in der deutschen Rechtslehre blieb allerdings unangefochten, so daß die FAZ zu seinem 85. Geburtstag schreiben konnte: „Die Treue seiner Schüler ist ein in noch so lebhafte Worte nicht zu fassendes Kompliment für den akademischen Lehrer Maunz." (Friedrich Karl Fromme, 1986)

Outet Frey noch weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens als persönliche Mitarbeiter und Freunde? Die neueste Ausgabe der Nationalzeitung läßt dies vermuten. Dort wird im Faksimile ein freundschaftlich und persönlich gehaltenes Schreiben des BND-Begründers Reinhard Gehlen an Gerhard Frey abgedruckt. Gehlen hatte schon unter Hitler die Sowjetunion ausspioniert und war 1945 mit dem Archiv und den Mitarbeitern seiner Abteilung „Fremde Heere Ost" zu den Amerikanern übergelaufen, die ihn dann an Adenauer weiterreichten.

Vielleicht ist aber auch noch ein anderer führender Nazi-Jurist geheimer Frey-Mitarbeiter: der 90jährige Marburger Strafrechtsprofessor Erich Schwinge, in der NS-Zeit führender Gesetzeskommentator auf dem Gebiet des Militärstrafrechts, Vordenker und — als Kriegsgerichtsrat — auch Praktiker einer rigorosen Abschreckungsjustiz. Bislang sind nur seine Aufsätze in juristischen Fachzeitschriften bekannt, zuletzt Anfang dieses Jahres in der Neuen Juristischen Wochenschrift. Dort bezweifelte er, daß die Urteile der NS-Militärstrafjustiz offensichtlich unrechtmäßig waren. Wer weiß, ob wir nicht auch nach Schwinges Tod von Frey mehr erfahren werden ? !

(Jens Rüggeberg / Bernhard Strasdeit)

> ... von Polizei und SS ... wichtiges Stück des Aufba... bei den Beamtenstellen der Polizei unbeschadet der verschiedenartigen Vorbild... und getrennten Laufbahnen weitgehender angestrebt als in manchen anderen Sparten des öffentlichen Dienstes.
>
> Der Führer und Reichskanzler hat in einem im Wortlaut nicht veröffentlichten Befehl die Zusammenfassung der gesamten deutschen Polizei in der Hand des Reichsführers-SS und „in die ganz besondere Auffassung der SS" erteilt. Darin beruht der Ausgangspunkt einer Entwicklung, die schließlich dahin führte, daß die „Einrichtungen der Polizei" „im weiteren Sinn dem Gesamtkörper der SS angehören". Die Beziehung der Polizei zur SS ist hiernach weniger eine Abgrenzung von außen, als vielmehr eine Einfügung in ein größeres Ganzes, die noch nicht zu einer völligen Verschmelzung geführt hat, aber auf sie hinzielt. Über der Gesamt-SS — wenn man so sagen darf — steht der Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei, dessen Funktionen also auch vom Blickpunkt der SS nicht zerlegt werden. „Alle Einheiten der SS unterstehen der zusammenfassenden Führung des Reichsführers-SS und Chefs der deutschen Polizei."
>
> Von einer wirklichen Verschmelzung kann man an einigen Stellen bereits sprechen. So ist das Reichssicherheitshauptamt, eine Abteilung im Reichsministerium des Innern, gleichzeitig Reichssicherheitshauptamt der SS; es liegt weder Personal- noch Realunion, sondern bereits Identität vor. Das Hauptamt „Haushalt und Bauten" im Reichsministerium des Innern ist gleichzeitig Hauptamt für Haushalt und Bauten der SS. Der höhere SS- und Polizeiführer faßt für jeden Wehrkreis die SS und Polizei in seiner Hand zusammen. In anderen Fällen ist zwar die Verklammerung organisatorisch nicht bis zur völligen Gleichheit gediehen, aber für eine möglichst umfassende personelle oder behördliche Union oder eine doppelte Verwendung der Amtschefs in der einen wie in der anderen Reichsführung gesorgt; so ist es z. B. beim Chef der Ordnungspolizei. Wieder von anderer Art ist die ...

Maunz 1943 zur Einheit von deutscher Polizei und Waffen-SS

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf!

Theodor Maunz war wie oben zum Teil dargestellt, nicht irgendwer im deutschen Recht. Wer heute Jura studiert oder als Anwalt z.B. in Asylrechtsfragen aktiv ist, kommt um den „Maunz/Düring" als Auslegungshilfe für umstrittene Rechtsauslegungen nicht herum. Daß mit dem Schaffen von Menschen wie Maunz auch der bundesdeutsche Staat, unsere Verfassungsrechtsprechung und somit ganz wesentliche grundlagen unseres Zusammenlebens von einem Faschisten mitgeprägt wurden, ist für Kieler Jura-Proffessoren schlicht undenkbar. Der Maunz-Kommentar bleibt Grundlage für weitere Studienlektüren und Grundrechtsauslegung.

Dabei müßte schon ein Blick in die „Ehrengalerie" der CAU genügen, um das ungebrochene Wirken von Proffessoren, die sich zumindest wunderbar mit den Nazis arrangierten zu belegen. Nazi-Juristen wie Dahms und Schaffstein, C. Schmitt, Karl Larenz, Forsthoff, Nipperdey oder Hans Welzel die das Nazi-Recht mitgeformt hatten blieben nicht nur in Amt und Würden, sondern waren maßgeblich an der Weiterentwicklung des bundesdeutschen Rechts beteiligt.

Bis heute jedoch wird, vor allem auch an der CAU so getan, als könne man die rechtliche Diskussion nach 1945 losgelöst vom Nazi-Recht und dem ihm zugrundeliegenden Denken trennen. Unter der Berücksichtigung der Beteiligung von Menschen, die der faschistischen Ideologie nach wie vor verbunden waren und mitunter wohl noch sind, läßt sich jedoch manch Urteil leichter verstehen.

Heitmann - ein ganz normaler deutscher Politiker?

Ja, nun sind also auch wir auf den „Heitmann-Zug" aufgesprungen. Kaum ein Tag, an dem mensch nichts zu Heitmann in den Gazetten findet. "Heitmann: Ich gebe nicht auf" oder „Heitmann, Kandidat auf Zeit und Bewährung" titulierte die „Süddeutsche Zeitung" am Mittwoch, dem 20.10.93, einen Tag, nachdem er der Unionsfraktion im Bundestag Rede und Antwort gestanden hatte. KritikerInnen Heitmanns wie R. Süssmuth hatten einen schweren Stand, wurden gar ausgebuht.

Doch das interessiert uns jetzt und primär nicht; auch nicht, ob er es nun wird (Bundespräsident) oder ob er vielmehr vorher aufgeben muß, wie es die SDZ prophezeite. Interressant ist vielmehr, daß ein Mann wie Heitmann gerade jetzt von Einflußfaktoren wie Kohl in ein Amt gehoben werden soll, das bis dato ein Politiker wie R. von Weizäcker ausfüllt, ein Mann, der parteiübergreifend „die Nation" vereinigt. Heitmann jedoch polarisiert. Alldiejenigen, die deutsch-nationalistisches Geseier herbeisehnen, sind des Lobes voll von einem Mann, der sagt "unser Vaterland könnte sehr viel mehr Patriotismus gebrauchen" oder gar meint, das Patriotismus nichts altmodisches sei.

Daß die Republikaner dann auch einmal bekunden, daß sie mit den Positionen Heitmanns weitgehend übereinstimmen, verwundert deshalb kaum,wenn man sich insbesondere Heitmanns Kommentare zur NS-Zeit, zu „Ausländern" und zu Frauen vergegenwärtigt.

Frauen:

So ist Heitmann der Meinung, daß die Sorge um Kind und Selbstverwirklichung der Frau sich nicht vereinbaren lassen. Und da Heitmann davon ausgeht bzw. der Meinung ist, daß eine Mutter „-jedenfalls in den ersten Lebensjahren" durch den Vater nur unzureichend ersetzt werden kann, scheint es relativ eindeutig, was sich der CDU-Politiker wünscht:

Frau heim zu Herd und Küche - weg von Beruf oder gar einflußreicher Position in der Politik.

„Ausländer/Asylbewerber"

wie Heitmann sie so diskriminierend tituliert, „nehmen - wie er der Meinung ist, Wohnungen in Anspruch, das ist eine Tatsache. ... ganz nüchtern betrachtet, können in die wenigen Wohnungen, die es gibt, auch andere Leute einziehen als Asylbewerber."

Daß Heitmann das von Faschisten und „Deutsch-Nationalen" propagierte Klischee „Ausländer nehmen uns ja eh die Wohnungen weg" noch einmal auf eindrucksvollste Art und Weise unterstreicht, ist kaum zu übersehen und ebensowenig die Tatsache, daß meist/fast „auch andere Leute einziehen als Asylbewerber", soll heißen, daß diese zumeist in miesen kleinen Hotels mit unfreundlichen, rassistischen Wirten (die sich momentan beklagen, daß die Zahl der Asylbewerber rückläufig ist, waren sie doch immer eine „ertragreiche Gewinnquelle"!) oder in „Asylantenheimen" in elenden Zuständen untergebracht sind.

Empfindungen ?

Heitmann ist jemand, der „einfach seinen Empfindungen Ausdruck gibt". 1990 war dieses Empfinden in Stuttgart ein Befremdengefühl, weil er dort so vielen „Ausländer" begegnet sei. Dann meinte er einmal: „Die Fülle der Ausländer gefährdet bereits stellenweise das Recht der Deutschen auf Bewahrung ihrer Identität." Zu diesem Kommentar könnte sogleich Edmund Stoiber (CSU) einfallen, der zuweilen vor einer „durchmischten" und „durchraßten" Gesellschaft warnt. Doch zurückzunehmen hätte er da gar nichts, so Heitmann, der ja verwundert feststellt, daß es in der BRD „Bereiche gibt, die sind tabuisiert. Ich glaube, daß man diese Debatten auch aufbrechen muß, selbst auf die Gefahr hin, daß man dann in bestimmmte Ecken gestellt wird, in denen man sich gar nicht wohl fühlt. Ich glaubte, man muß versuchen, auch dem Normalbürger eine Stimme zu geben in diesen Debatten." (SZ, 18/19.09.93)

Heitmann als Stimme des Normalbürgers, der sich gegen „eine Überfremdung Deutschlands" nicht nur mit Worten wehrt, als Stimme des Normalbürgers, der eine Enttabuisierung der Nazi-Vergangenheit anstrebt.

Das Unvergleichbare, Einzigartige, die industrielle Vernichtung des europäischen Judentums, Behinderten, Homosexuellen, Roma & Sinti, Kommunisten, Sozialdemokraten, Intellektuellen, etc. soll vergleichbar „gemacht" werden. Dazu Heitmann: „Ich glaube, daß der organisierte Tod von Millionen Juden in Gaskammern tatsächlich einmalig ist - so wie es viele historisch einmalige Vorgänge gibt." (SZ 18./19. 09.93) Der Zusatz Heitmanns -"so wie es viele historische einmalige Vorgänge gibt" relativiert damit wieder die Einzigartigkeit der planmäßigen Ermordung des europäischen Judentums.

Damit steht Heitmann (natürlich!) nicht allein. Gerade heutzutage erscheint es populär, „den Holocaust" zu verharmlosen oder zu verniedlichen.

Zum anderen wurde mit dem Innenminister Kanther ein Mann in sein Amt gehievt, der als „wert - nationalkonsereativ" gilt und dessen Maxime es ist, Politik zu machen, mit der sich auch jemand, der bis dato die Republikaner gewählt hatte, einverstanden erklärt hatte. Kanther & Co. sollen der CDU alldiejenigen Wähler zurückholen, die ihr Recht & Ordnung bei REP und DVU gefunden hatten. Ob es ihnen gelingt, scheint ungewiß/unklar.

Und wir ?

„Klar" sein muß aber für uns, AntifaschistInnen aus den unterschiedlichsten Spektren, daß es eine Enttabuisierung - von Heitmann & Co. betrieben - auf das Entschiedenste zu bekämpfen gilt. Antifaschistische Aktionen finden heutzutage viel zu sehr in Bezug auf faschistische Gruppierungen wie DVU, REP, etc. statt.

Sie bekämpfen oft viel zu schwach ein von Politikern erzeugtes Klima, in dem es wieder einmal möglich ist, die Einzigartigkeit der industriellen Vernichtung des europäischen Judentums in Frage zu stellen oder „die Mutterschaft (der deutschen Frau !) wieder mehr ins Zentrum der Gesellschaft zu rücken."

Das gilt es zu ändern und deshalb: einen langen Atem !!

C.

Mölln-Prozeß in Schleswig

Über den kleinen Schritt von dilletantischen Zündeleien zu dreifachem Mord

Seit mittlerweile über 5 Monaten versucht der 2.Strafsenat des Oberlandesgerichtes in Schleswig, die Beteiligung der Angeklagten Michael Peters (26) und Lars Christiansen (20) an den Möllner Bränden vom 23. Oktober 1992 festzustellen. An 34 Verhandlungstagen ist bis Mitte Oktober dieser Schuldnachweis noch nicht gelungen; die Urteilsverkündung wird nicht vor frühestens Ende November erwartet.

Stand der Beginn der Beweisaufnahmen noch ganz unter dem Schatten des Anschlages von Solingen -mensch erinnere sich nur an die umfangreichen Sicherheitsvorkehrungen für die neunjährige Tatzeugin-, so ist es nach der Sommerpause ruhiger geworden im Schleswiger „Rabatzsaal“ mit seiner Trennscheibe und den Kontrollen am Eingang. Die ZuschauerInnenreihen haben sich gelichtet, von den Printmedien berichten nur noch die Schleswiger Nachrichten und die Kieler Nachrichten regelmäßig, in den Lokalberichten von Sat 1 und RTL läuft mitunter ein Filmbeitrag.

Skin-Karrieren in Schleswig-Holstein

Schwerpunktmäßig sind in den letzten Wochen Verwandte, Freunde und Skin-Bekanntschaften der Angeklagten als Zeugen vernommen worden. Dabei ergab sich folgendes Bild: Der aus Gudow stammende Peters ist schon seit Jahren der Dorf-Skinhead, bei dem sich aber auch unpolitische Jugendliche trafen. Parallel dazu versuchte ihn der NPD-Kreisverbandsvorsitzende Förster für die Parteiarbeit zu gewinnen, was jedoch an Peters Einfalt und Disziplinlosigkeit scheiterte.

Als im Frühjahr 92 die Gudower Clique zerfiel, suchte Peters, inzwischen mit dem Möllner Lehrling Christiansen befreundet und immer häufiger unterwegs, nach neuer Orientierung. In der seit 10 Jahren bestehenden Möllner Skin-Szene gelang es den beiden nicht, Fuß zu fassen, denn dort hielten sie den jüngeren für zu feige, den älteren für zu blöd. Beide knüpften Discobekanntschaften in Wittenburg, Mecklenburg, die sich nach den Rostocker Krawallen bereitfanden, unter Peters Anleitung und Ortskenntnis drei Brandanschläge im Lauenburgischen zu verüben. Die Wittenburger wollten diese Aktionen danach vorerst aussetzen, die Planung war zu dilletantisch und die Polizei bereits auf sie aufmerksam geworden. Der weitere Verlauf wird so vermutet: Immer noch nach Anerkennung strebend, verüben beide ihre nächste Brandstiftung allein, in Mölln in der Nacht zum 23.11.92, nach erprobten Muster mit Brandflaschen. Doch diesmal enden die Anschläge tödlich, die toten türkischen Mädchen und ihre Großmutter werden zum international beachteten Fanal, jetzt endlich von staatlicher Seite entschlossen gegen diese Verbrechen vorzugehen. Die Bundesanwaltschaft zieht die Ermittlungen an sich, Peters wird nach zwei Tagen festgenommen, verpfeift die Wittenburger, die dann als terrorristische Vereinigung gehandelt werden. Auch die Möllner Skins werden der Tat verdächtigt, die gesamte Szene ausgehoben.

Die juristische Strafverfolgung nimmt ihren Lauf, die Wittenburger, inzwischen nicht mehr als Terroristen eingestuft, werden im Juni 93 wegen versuchter Brandstiftung ohne Tötungsabsicht zu bis zu drei Jahren Haft in erster Instanz verurteilt.

Die politische Dimension der Taten

Gegen diese Alltäglichkeit, die sich auch an den Verhandlungstagen widerspiegelt, versucht der Vertreter der Nebenklage, also der betroffenen Familie Arslan, Christian Ströbele immer noch, das politische Klima der Jahre 91/92 zum Gegenstand des Verfahrens zu machen. Seinem Beweisantrag, der u.a. vorsieht, den ehemaligen Generalsekretär der CDU, Volker Rühe, wegen seiner Anti-Asyl-Kampagne in den Zeugenstand zu laden, ist inzwischen überraschenderweise in einem Punkt stattgegeben worden:

Am 30.09. ließ sich das Gericht die WDR-Dokumentation „Wer Gewalt sät... Von Biedermännern und Brandstiftern“ vorführen.

In diesem Zusammenhang der politischen Bedeutung sei auch kurz erwähnt, daß beide Beklagten seit neustem auf einer Unterstützungsliste der Hilfsgemeinschaft Nationale Gefangene (HNG) auftauchen. Wieweit das ihrem Wunsch entspricht, kann mensch bis jetzt nur spekulieren.

Nachschlag für Schleswiger Antifas

Wie berichtet, kam es im Verlauf einer Demonstration anläßlich des Prozeßbeginns in Schleswig zu Rangeleien um mit Reichskriegsflaggen versehen Jacken. Hier kam es inzwischen zu einer Verurteilung wegen Nötigung. Ein zweites schwerwiegenderes Verfahren wegen gewalttätigen Raubes läuft noch. Die Erkenntnis, die sich sehr zögerlich bei Innenminister Bull durchgesetzt hat, daß nämlich das Zeigen der Fahne „Ausdruck einer kämpferisch-aggressiven Ablehnung gegen die grundgesetzliche Ordnung“ ist, somit zu verbieten sei, hat bis jetzt die Staatsanwaltschaft nicht bremsen können.

Internationale Jugend

In einer solchen Welt können und wollen wir nicht leben

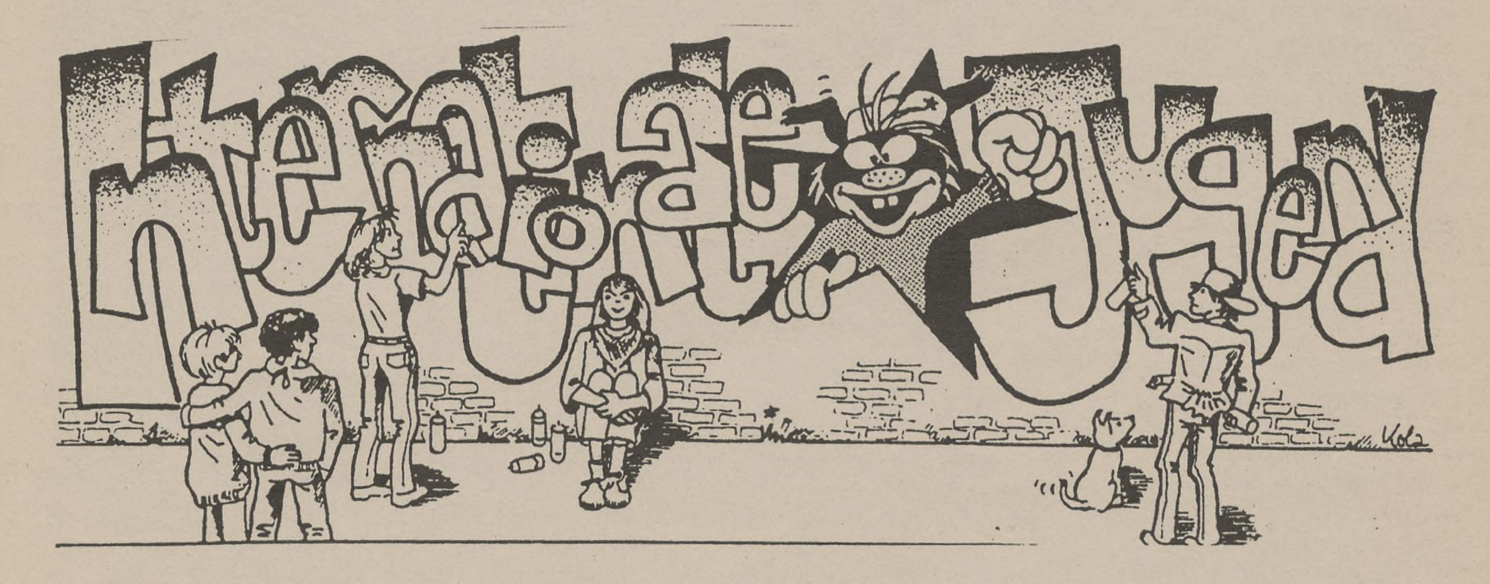
Im Juli 1992 trafen sich etwa 30 politisch unorganisierte Jugendliche und KPD-Mitglieder bei Kassel, um die Gründung einer revolutionären Jugendgruppe vorzubereiten und zu organisieren. Aus diesen anfangs zwei Gruppen (Frankfurt/Kiel) wurde dann innerhalb eines Jahres eine Organisation, die inzwischen ungefähr 20 Gruppen einschließt, die über die ganze Bundesrepublik verteilt sind und internationale Kontakte zu vielen europäischen antifaschistischen, antikapitalistischen Organisationen haben. Bislang konnten mehrere Ausflüge organisiert werden, wie z.B. zur Thälmann-Gedenkstätte, nach Neuengamme und eine anti-faschistische Stadtrundfahrt.

Bundesweit haben wir eine Aktion gegen die Verbreitung von Nazi-Propaganda in den Bahnhofsbuchhandlungen (z.B. Stilke) durchgeführt. Im Juli fand bei Berlin eines der in Deutschland größten politischen Zeltlager statt, welches die IJ mir der AWO, dem TGKB und der KPD organisierte und gestaltete, wobei rund 700 Menschen aus vielen Ländern dem Aufruf zur Teilnahme folgten. Die IJ arbeitet in ihren Ortsgruppen völlig selbstständig, ohne dabei von einer Führung von oben beherrscht zu werden und ohne sich als Jugendorganisation der KPD zu verstehen.

Um eine gemeinsame Arbeit und eine politische Ausrichtung zu gewährleisten, finden jährlich zwei Bundestreffen der IJ statt. Zwischen den Bundestreffen bilden die regelmäßog erscheinenden Rundschreiben die kommunikative Verbindung.

Was müssen wir tun ?

Die Chance für eine politischen Kampf ist aufgrund der Situation in unserem Land nicht schlecht, da die Kampfbereitschaft in der Arbeiterklasse und in der Jugend zunimmt. Da dieser politische Kampf nicht von einem kleinen linken Spektrum, sondern wie gesagt, von den Arbeitern und den Jugendlichen vollbracht werden muß, sollte sich die linke Szene zu den Arbeitern und Jugendlichen hin öffnen und ihre Ideen dort populär machen. Wir müssen verhindern, daß die Rechten, wie sooft in der Geschichte, mit ihren einfachen Parolen und faschistischen Problemlösungen in der Bevölkerung weiterhin Fuß fassen können. **Kontaktadresse: IJ c/o Buchladen Zapata, Medusastr. 16, 24143 Kiel**

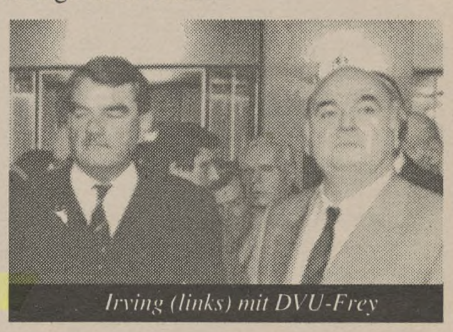


Irving verklagt Kreis Segeberg - und verliert

Am 5.10.93 fand vor dem Oberverwaltungsgericht in Schleswig das juristische Nachspiel einer Versamlung sein Ende: Am 8. November 91 hatten sich in Lentförden etwa 120 Interessierte aus dem NPD-Dunstkreis versammelt, um den berüchtigten „Historiker" David Irving zu lauschen. Der Kreis Segeberg hatte damals unter Berufung auf das Ausländergesetz Irving Äußerungen zum Massenmord an den jüdischen Menschen und zur Schuld am 2. Weltkrieg verboten.

Nachträglich widersprach der führende Revisionist, der nach Entscheid des Innenministeriums an deutschen Grenzen abgewiesen werden soll, dieser Auflage, ging dafür auch in die Berufung, so daß der 4. Strafsenat jetzt nach fast zwei Jahren folgende Fragen klären mußte: War es eine politische oder wissenschaftliche Veranstaltung? War sie geschlossen oder öffentlich? War der Termin einen Tag vor der Reichspogromnacht ein Zufall?

Nach einstündiger, mündlicher Erörterung mit einer Vertreterin des Kreises und einem Prozeßbevollmächtigten Irvings, dem Hamburger Kaufmann Ulrich Harder, lehnten die Richter die Widerspruchsklage letztinstanzlich ab, da es sich um eine politische Veranstaltung im öffentlichen Rahmen gehandelt habe.



Irving (links) mit DVU-Frey

Der Landesinnenminister desinformiert:

Bull und die Skinheads

Schleswig-Holsteins Innenminister Hans-Peter Bull hat eine Broschüre mit dem Titel „Skinheads in Schleswig-Holstein“ herausgegeben. Das Heft soll, so Bull im Vorwort, „dazu beitragen, tiefere Einblicke in die schleswig-holsteinische Skinhead-Szene zu vermitteln“ und „vor allem den in der Bildung und Weiterbildung Tätigen Informationen an die Hand geben“. Die Einblicke und Informationen, die die Broschüre vermittelt, sind dabei eher dürftig gehalten. Was die konkrete Entwicklung der rechtsradikalen Skinhead-Szene in Schleswig-Holstein angeht, bleiben die Informationen meist vage. Und zu den Bereichen, wo man tatsächlich konkret wird, bleibt die Darstellung deutlich hinter den Artikeln in Antifa-Publikationen wie etwa der Atze zurück, die wesentlich genauer und fundierter berichten. Aber offensichtlich geht es dem Innenministerium auch nicht um die Verbreitung von Fakten, sondern um die Verbreitung von Bewertungen und ideologische Einordnung.

Die Einschätzungen der ungenannten Autoren aus dem Innenministerium werden an keiner Stelle belegt, es gibt keine Quellenangaben, keine Erklärungen zu Methoden, nach denen man bestimmte Erkenntnisse gewonnen haben will. Deshalb können die Darstellungen auch nur als ideologische Behauptungen angesehen werden. Schon im ersten Kapitel wird zustimmend der umstrittene Autor Bodo Morshäuser zitiert, der die Skinheads im wesentlichen als jugendliche Subkultur und Opfer gesellschaftlicher Ausgrenzung darstellt.

Und auch im folgenden werden politische Motivationen, Handlungen und Zusammenhänge als weniger bedeutend hingestellt: „Die Skinheads bilden keinen organisierten politischen Zusammenschluß, sondern eine subkulturelle Jugendszene. Politische Motive sind für den Einstieg und die Zugehörigkeit zur Skin-Szene im allgemeinen nicht bestimmend.“ Das mag zwar stimmen, aber warum gerade in einer so „unpolitischen“ Szene extremer Rassismus und Nationalismus dominieren können, wird kaum beleuchtet. Die Motivation zum Einstieg in die Skin-Szene ergebe sich „aus ungünstigen Verhältnissen im Elternhaus, Mißerfolgen in der Schule und schlechten Perspektiven im Berufsleben“, also Umständen, die auf die Mehrheit aller Jugendlichen zumindest teilweise zutreffen dürften. Der „skin-spezifische diffuse Nationalismus und die rassistisch unterlegte Fremdenfeindlichkeit“ werden gewertet als „unausgesprochenes Bedürfnis, Probleme im Aufbau einer sozialen Identität zu kompensieren“, eine nichtssagende Formulierung, die letztlich auch auf fast alle Jugendlichen in der einen oder anderen Form zutrifft. Daß gerade Nationalismus und Rassismus auch „aus der Mitte der Gesellschaft“ kommen könnten, daß es Zusammenhänge geben könnte zwischen den Diskussionen“ an Stammtischen, in SPD-Ortsvereinen, in Innenministerien und den „diffusen“ Einstellungen der rechtsradikalen Jugendlicher, kommt den Autoren verständlicherweise nicht in den Sinn.

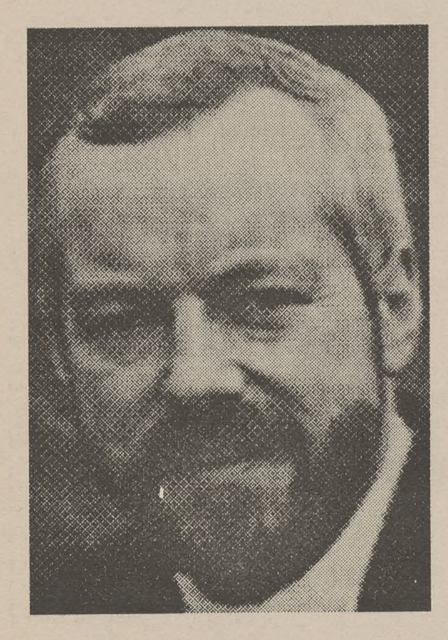


Interessierter Leser beim Studium der Broschüre?

Faschismus, zu DVU und NPD wie auch zur militanten FAP, kann zwar nicht geleugnet werden, wird aber systematisch heruntergespielt. Da wird zum Beispiel im Absatz über die Skin-Szene in Mölln einfach behauptet: „Eine Steuerung von außen - insbesondere durch NPD oder DVU - besteht offensichtlich nicht.“ Und dies, obwohl gravierende Hinweise darauf bestehen, daß NPD-Funktionäre Überfälle eben dieser Möllner Szene auf Flüchtlingsheime im benachbarten Mecklenburg angeleitet haben.

Die Broschüre „Skinheads in Schleswig-Holstein“ ist als Sozialstudie und Informationsquelle unbrauchbar und spiegelt lediglich die propagandistischen Absichten des Innenministers wider.

Lettischer Parlamentarier in Heldenpose



Joachim Siegerist, bundesdeutscher Ex-Journalist für „Bild“ und „HörZu“, seit Juni dieses Jahres Parlamentsabgeordneter in Lettland, macht aus seiner politischen Gesinnung keinen Hehl. So bejubelt er beispielsweise unverhohlen alte Kämpfer der lettischen Waffen-SS. In einem dreiseitigen Rundschreiben vom 17. September 1993 informiert Siegerist, Mitglied der lettischen „Bewegung der nationalen Unabhängigkeit“ (LNNK), mit der er im Sommer - als Joahims Zigerists - ins lettische Parlament Saejm eingezogen ist, daß er „mitten im Wald an einem See“ eine Delegation von ehemaligen lettischen Waffen-SSlern empfangen habe. Von denen hätten sich einige „in ihre alten deutschen Uniformen gezwängt“ und ihn so begrüßt, als sei er ein „General“.

In „akzentfreier deutscher Sprache“ wurde ihm, so Siegerist, von einem „alten Mann“ erklärt: „Wir sind nie Nazis gewesen, obwohl die meisten von uns der Waffen-SS angehört haben. Legion nannte man das bei uns in Lettland. Viele von uns waren 19 oder 20 Jahre alt. Wir wollten unsere Heimat gegen den Verbrecher Stalin verteidigen. Mehr nicht. Die Deutsche Wehrmacht war anständig - und wir haben gern auf deutscher Seite gekämpft. Als der Krieg zu Ende war, haben wir uns nicht ergeben. Wir sind in die Wälder gegangen, haben die Kommunisten immer wieder angegriffen. Wir wollten es nicht hinnehmen, daß unsere Heimat verknechtet wurde. Manche von uns haben länger als zehn Jahre nach dem Krieg weiter gekämpft.“

Siegerist, der seit Dezember 1992 die lettische Staatsbürgerschaft besitzt, schreibt sich in seinem Rundbrief dann selbst die Heldenrolle zu: „Seitdem ich ins Lettische Parlament gewählt wurde, bin ich die einzige Hoffnung dieser extrem deutschfreundlichen Männer. Sie haben schreckliche Schicksale. Irgendwann erwischten Rotarmisten fast alle von ihnen. Sibirien, sofortige Erschießung, Folter, Quälen der Familien. Die kommunistischen Bestien machten vor nichts halt.“

Postwendend appelliert Siegerist dann an seine deutsche Klientel und bettelt um „Heizmaterial, Medikamente, ein kleines Häuschen, Lebensmittel und warme Kleider“ für die „ehemaligen Legionäre der Deutschen Wehrmacht in Kurland“. Da einige der Waffen-SSler „vor ihrem Tod einmal Deutschland sehen“ wollen, hat ihnen Siegerist, politischer Geschäftsmann wie Gerhard Frey von der DVU, einen Charterbus zugesagt; eine weitere publicityträchtige Show aus dem Hause Siegerist ist damit angesagt.

In der Bundesrepublik ist Siegerist kein Unbekannter. Geführt werden von ihm die „Deutschen Konservativen e.V.“ (beim Amtsgericht Hamburg eingetragen), die 1986 als Abspaltung der - zwischenzeitlich eingeschlafenen - „Konservativen Aktion“ ins Leben gerufen wurden. Die „Deutschen Konservativen“ teilen sich Anschrift, Telefon- und Faxanschluß mit der „Wirtschafts- und Verbands Public Relation GmbH“ (WPR), deren alleiniger Geschäftsführer Siegerist ist. Die WPR fungiert auch als Herausgeber von Siegerists Hetz-Publikationen wie „Oder-Neiße. Verzicht bleibt Verrat“ oder „Willy Brandt - Das Ende einer Legende“.

Dem Bundeswahlleiter haben die „Deutschen Konservativen“ mit Datum vomm 6. Juli 1991 angezeigt, daß sie sich an den Wahlen zum Deutschen Bundestag 1994 beteiligen wollen.

A.M. (BNR 21/93)

Für das schönste Café im Baltikum

Wir suchen eine Baufirma mit Pioniergeist

Wollen wir uns nichts vormachen: Bauen im ehemaligen Ostblock – das ist Pionierarbeit. Alles, was bei uns selbstverständlich und leicht ist – dort kann es unendlich schwer sein.

Trotzdem: Die Situation ist vergleichbar mit Deutschland zwischen 1945 und 1948. Wer jetzt dort ein Bein in die Tür stellt – der ist auf Jahrzehnte dick im Geschäft. Für Bauunternehmen gilt das besonders.

Wer diese „Philosophie“ begreift – der ist richtig für uns. Wir suchen ein beherztes Bauunternehmen, das so schnell wie möglich in der lettischen Hauptstadt Riga für uns ein Caféhaus errichtet bzw. renoviert.

Dieses Caféhaus – ein ca. 100 Jahre altes Gebäude – soll das schönste Caféhaus im Baltikum werden. Es steht direkt neben der Freiheitsstatue Lettlands. Dieser Platz ist den Menschen dort fast heilig. Denn von hier ging der Aufstand gegen die sowjetischen Unterdrücker los. Ganz bewußt haben die deutschfreundlichen Letten dieses Café jetzt an ein deutsches Unternehmen gegeben.

Momentan ist das Haus in einem erbärmlichen Zustand. Es steht unter Denkmalschutz, darf also nicht abgerissen, sondern nur renoviert werden – das aber von Grund auf.

Die Renovierung dieses Caféhauses, auf das das ganze Land blickt, ist wie eine Eintrittskarte für unendlich viele Bauaufträge im Baltikum. Welches Unternehmen – gern auch kleine und mittlere Betriebe – traut sich an diese Arbeit heran?

Rufen Sie uns einfach an:

Firma WPR, Hamburg · ☎ 040/224458

Verlangen Sie Herrn Hempen oder Herrn Siegerist.

Siegerist/WPR-Anzeige in den „Kieler Nachrichten“ vom 14. Juli 1992



Nach dem Auseinanderbrechen der DVU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag im Frühjahr 1993 frohlockte so manche/r darüber, daß dieses Problem nun gelöst sei. Zunächst sah es auch so aus: etliche Hunderttausend Mark gehen den Faschisten verloren, Anträge und Anfragen an das Parlament wurden nicht mehr gestellt.

Inzwischen hat sich das Bild gewandelt. Zwar sind bisher spektakuläre Initiativen ausgeblieben, und noch immer fehlt den zur „Deutschen Liga für Volk und Heimat" gewechselten Abgeordneten Stawitz, Schachtschneider und Voß der vierte Mann (Ex-DVUler Benvenuto Friese) zur Bildung einer Fraktion - aber Anträge werden inzwischen wieder reihenweise von ihnen oder der bei der DVU verbliebenen Renate Köhler gestellt. Im Mittelpunkt steht dabei meist die schon bekannte rassistische Unterstellung, an der „Kriminalität" wären vor allem die „Ausländer" schuld. Mitte August bemühte sich Renate Köhler darum, die Äußerung der Ministerpräsidentin Simonis, viele Deutsche seien „latent ausländerfeindlich" als „deutschfeindliche Verunglimpfung" vom Landtag verurteilen zu lassen.

Derweil bemüht sich die CDU rechtsaußen an Profil zu gewinnen. Als Drucksache 13/1252 wird der Antrag der CDU-Landtagsfraktion an die Landesregierung gehandelt, in Kaliningrad ein „norddeutsches Büro" einzurichten, weil dort die „Zahl deutschstämmiger Siedler" rasch zunehme. Von SPD und F.D.P. wurde der Antrag abgelehnt. Für die F.D.P. verwies ihr Vorsitzender Ekkehard Klug u.a. ironisierend darauf, daß auch in den US-Bundesstaaten Wisconsin und Pennsylvania sowie auf Gran Canaria und Mallorca einige tausend Deutsche lebten.

Für Aufmerksamkeit im Parlament sorgte auch der Versuch der CDU, die Situation der Flüchtlinge erneut als Wahlkampfthema zu mißbrauchen. Während der CDU-Abgeordnete Olderog der Bonner CDU/CSU wegen ihrer unmenschlichen Flüchtlingsvertreibungspolitik anerkennend auf die Schulter klopfte, brachte die CDU-Fraktion einen Antrag ein, in dem detailliert über die Entwicklung der Situation der AsylbewerberInnen in Schleswig-Holstein in den Jahren 1990 bis 1993 berichtet werden soll. Vorzulegen sei dieser Report im Herbst 1994, also mitten im heißen Bundestagswahlkampf !!

NPD-Treffen in Lübeck verhindert

Ein Treffen des NPD-Kreisverbandes Lübeck am 22.Oktober 1993 fand nach Bekanntwerden der antifaschistischen Mobilisierung nicht wie geplant in der „Siedler Quelle" (Brandenbaumer Str. 133) statt.

Die etwa 80 AntifaschistInnen wurden bei strömendem Regen von einer fünfzehnköpfigen Hundestaffel samt Polizisten empfangen. Es wurde ein großes Transparent mit der Aufschrift „NPD-Mörder zerschlagen" an der vielbefahrenen Straße ausgebreitet und der Zugang zur Kneipe versperrt. Die Begleiter der Hunde erzählten, die NPD-Veranstaltung sei abgesagt, wovon wir uns dann selbst überzeugten. Der Wirt gab uns einen Zettel, den er eigentlich an die Tür hängen sollte, auf dem stand, daß die „Veranstaltung nicht hier stattfinden" würde und daß nähere Informationen bei der „bekannten Nummer zu haben" seien. Nach einem Anruf bei eben dieser Telefonnummer war klar, daß die Veranstaltung ausfällt.

Leider war es aufgrund der Kürze der im Vorfeld der Aktion zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich, noch ein Flugblatt zu erstellen, mit dem auf den faschistischen Charakter der NPD hätte aufmerksam gemacht werden können.

Schon gehört?



Die im schleswig-holsteinischen Pinneberg beheimatete reaktionäre „Deutsche Mitte“ hat sich mit der „Liberal Marktwirtschaftlichen Partei“ zusammengeschlossen und will nun unter dem Namen „Die Mitte“ bundesweit tätig werden. Im Bundesvorstand finden sich aus Schleswig-Holstein der Bundesvorsitzende **Martin Wood** (Pinneberg), als eine der stellvertretenden Bundesvorsitzenden **Maren Ebert** (Pinneberg) sowie der Schatzmeister **Manfred Becker** (Ahrensburg). Letztere leiten zugleich die Arbeitskreise *Öffentlichkeitsarbeit* bzw. *Steuern und Abgaben*. Dem Arbeitskreis *Gesundheitswesen* sitzt **Dr. Dieter Hack** (Kiel) vor.



Neue Landesvorsitzende der reaktionären Paneuropa-Union in Schleswig-Holstein wurde **Ingrid Lenk** aus Ratzeburg. Als ihr Stellvertreter ist **Dieter Schneider**, als Schatzmeister **Heinz Annuss** und als Schriftführer **Albrecht Schilder** aktiv.



Mit einer Anzeige in dem neofaschistischen Blatt *Recht und Wahrheit* werben **Edgar** und **Gerda Lüttmann** aus Rettin bei Neustadt/Holstein für ihren „Senioren-Wohnsitz für völkische Deutsche!“. *Recht und Wahrheit* wird von der 1983 gegründeten Gruppe „Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V.“ (DDF) herausgegeben. Nach inneren Meinungsverschiedenheiten trat 1992 der Gründer, Generalmajor der Nazi-Wehrmacht Otto Ernst Remer, aus; die Organisation wird nun von Georg-Albert Bosse geführt.

Senioren-Wohnsitz für völkische Deutsche!

In wunderschöner, gepflegter Parkanlage direkt an der Ostsee (Ostseebad Rettin/Neustadt) mit über 20 Wohneinheiten und ebensovielen Hotelzimmern, Vortrags- und Festräumen, überdies mit großem Freisitz und Parkplatz, 6000 qm für Gartenbau, ist ein zentraler Treff und Wohnsitz für völkische Deutsche entstanden. Diese herrliche Anlage steht dem vorgenannten Personenkreis ab sofort zur Verfügung.

Näheres auf Anfrage bei: **Edgar und Gerda Lüttmann**
"Senioren-Wohnsitz Hotel Seehof« D-2431 Rettin/Ostsee





In vorübergehende Bedrängnis geriet der Kieler CDU-Rechtsaußen **Uwe Greve**. Anfang September forderte der Landesvorsitzende der revanchistischen *Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU* einen Rechtsruck seiner Partei, um verlorene Mitglieder und Wählerstimmen zurückzuerobern. Mit diesem Ziel hat er jüngst sein neues Buch vorgelegt, in dem er den „Linksliberalismus in der FDP“ als „eine Art politischer Cholera“ bezeichnet. Selbst in den gewiß nicht linken „Kieler Nachrichten“ wurde manche Analyse des Greve-Buches „Parteienkrise - CDU am Scheideweg“ in der Nähe „rechtsradikaler Thesen“ gesehen. Aus den Reihen der CDU kamen zwar öffentlichkeitswirksame Forderungen nach Ausschluß Greves aus der Partei - u.a. vom Landesvorsitzenden Ottfried Hennig; doch geschehen ist bisher nichts. Stattdessen wurde er einstimmig vom Kieler Ortsverband Mitte der CDU ermutigt, als Kandidat für die Bundestagswahlen 1994 anzutreten.



Nach der Verurteilung des Boizenburger NPD-Funktionärs Rüdiger Klasen wegen Beteiligung an Überfällen auf Flüchtlingsunterkünfte steht nun ein weiterer Drahtzieher in Schwerin vor Gericht. Dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD Schleswig-Holstein, **Heinrich Förster** (Mölln), wird vorgeworfen, wird versuchter Mord und versuchte Brandstiftung vorgeworfen. Förster soll eine Parteiversammlung geleitet haben, bei der konkret über die Beschaffung von Brandflaschen gesprochen wurde. Zudem habe er Klasen Geld für Waffen übergeben. Die Lebensgefährtin Försters ist wegen Nichtanzeigens eines geplanten Verbrechens angeklagt.

NPD **PROTEST-KUNDGEBUNG**
in Boizenburg (Festwiese), Sonntag, den 10. Mai 1992, ab 14 Uhr.
Es spricht: Herman Lehmann, (stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender).
Wir sind ein Volk!!!
Es geht um Deutschlands Zukunft.
NPD Landesverband Schleswig-Holstein
H. Förster / stellv. Landesvorsitzender SH
Postfach 1165 · W-2410 Mölln
Rüdiger Klasen / Vors. NPD Kreisverband Hagenow · Postfach 1 · O-2820 Hagenow

Schon gehört?



Als Ergänzung zu seinen umfangreichen revanchistischen Aktivitäten im ehemaligen Ostpreußen (*Aktion Deutsches Königsberg*) hat der Kieler Verleger und Buchhändler **Dietmar Munier** nun auch einen Reisedienst gegründet. Unter dem Namen „Bernstein-Reisen" organsisiert Munier Besuche bei „rußlanddeutschen Siedlungen in Trakehnen, Ulrichsdorf und Gilge". Für die Arbeit in Buchhandlung und Verlag suchte Munier aus dem Leserkreis faschistischer Zeitungen bereits zum 1. August eine/n Verlagsbuchhändler/in, eine/n Bürokaufmann/frau (zur Gestaltung von Werbung u.ä.) sowie eine Bürokauffrau zur Unterstützung des Sekretariats.



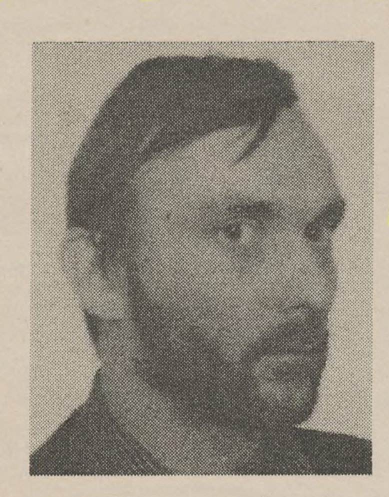


Als Geschäftsführer des „Schulvereins zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen" (vgl. ATZE 19) wirkt der Kieler Faschist **Dr. Axel D. Neu**, früherer REP-Funktionär. Die Jahreshauptversammlung des Vereins fand 1993 im bayerischen Wemding mit ca. 120 Mitgliedern statt. Als Redner traten Ilse Conrad-Kowalski (Projektleiterin für den Deutschunterricht in Trakehnen), Helge Redeker (Vorstandsmitglied) und Dr. Christian Th. Stoll (CDU) auf. Letztgenannter erhielt als Richter vom Richterdienstgericht in Niedersachsen wegen seiner revanchistischen und volksverhetzenden Äußerungen bereits einen Verweis.



Anfang Oktober führte der REP-Landesverband Schleswig-Holstein seinen Parteitag durch. Als Gastredner trat der REP-Bundestagsabgeordnete Rudolf Krause auf, der mit seinen faschistischen Denkschriften im Frühjahr 1993 für Schlagzeilen gesorgt hatte. Unter Leitung des REP-Bundesschatzmeisters Klaus-Dieter Pahl wurde der bisherige Landesvorsitzende **Peter Jensen** (Mitgliedsnummer: 19115) in seinem Amt bestätigt. Als StellvertreterInnen stehen ihm zur Seite **Ingeborg Akkermann** (MG-Nr. 13049), **Dr. Jens-Gerd Steffen** (MG-Nr. 4091), **Wilfried Hein** (Mg-Nr. 26569) und **Christian Wendt** (MG-Nr. 7364). Zur Landesparteisekretärin wurde Frau Grebin gewählt.





Ingo Schachtschneider

Der Übertritt der drei Landtagsabgeordneten **Ingo Schachtschneider**, **Karin Voß** und **Ingo Stawitz** zur *Deutschen Liga für Volk und Heimat* hat dieser nach eigenen Angaben einen Aufschwung im nördlichsten Bundesland gebracht. Inzwischen wurden zwei Kreisverbandsgemeinschaften für Dithmarschen/ Neumünster/ Rendsburg/ Eckernförde/ Steinburg bzw. Pinneberg/ Segeberg ins Leben gerufen. Als Kreisvorsitzende fungieren Schachtschneider bzw. **Ursula Schwellnus**, die bis zur Auflösung der DVU-Fraktion in deren Landtagssekretariat gearbeitet hat.

Schon gehört?





Seine KandidatInnen für die Europawahl 1994 hat bereits der *Bund für Gesamtdeutschland BGD - Die neue deutsche Mitte* bestimmt. Auch der 80-jährige **Kurt Axnick** als BGD-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein ist dabei. Die vor allem revanchistisch tätige Organisation - Ziel: Anschluß ehemals deutscher Gebiete in den baltischen Staaten, Polen und der früheren Tschechoslowakei an die Bundesrepublik - will den „Staat" Europäische Gemeinschaft verhindern. Der Austritt aus der EG soll den außenpolitischen Handlungsspielraum Deutschlands in Sachen Ostexpansion sichern.



Bei einer Schau militärhistorischer Fahrzeuge auf dem Bundeswehrtruppenübungsplatz in Putlos/ Ostholstein trieb sich auch dieses Jahr wieder der Hamburger Nazi-Anwalt **Jürgen Rieger** herum. Besonderes Interesse findet solches Militärgerät bei rechten Wehrsportlern. Deren Aktivitäten haben sich in letzter Zeit vor allem im Großraum Celle abgespielt, wie parlamentarische Anfragen im Bundestag und im niedersächsischen Landtag ergaben. Just der Ort Hetendorf im Landkreis Celle ist alljährlich Schauplatz einer Reihe von Treffen neonazistischer und rassistischer Organisationen, in denen Jürgen Rieger eine maßgebliche Rolle spielt.



An einer weiteren Wahlliste für die unzähligen Wahlen im kommenden Jahr bastelt der Ex-REP-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein **Emil Schlee** (Raisdorf bei Kiel). Unter dem Namen „Aufbruch `94 - Deutscher Freier Wählerbund e.V." wird an einer bundesweiten Partei gearbeitet, die - so Schlee anläßlich einer Veranstaltung Anfang September in Stuttgart - ein „Kooperationsmodell für die Sammlung aller sich Deutschland verbundenen Kräfte und besten Kandidaten aus allen Teilen des deutschen Volkes sein" soll. Schlee, der für die REP 1989 ins Europaparlament gewählt wurde, aber später die Partei im Streit mit Schöhuber verließ, unterstützt zur Zeit massiv die rechtsextreme Monatszeitschrift „Junge Freiheit". Die von ihm geschalteten ganzseitigen Anzeigen dürften nichts anderes als Unterstützungsleistungen für den Versuch der „Jungen Freiheit" sein, ab Anfang 1994 wöchentlich zu erscheinen.



„Neue-Rechte"-Seminar in Nürnberg

Vom 19.-21. November 1993 findet in Nürnberg ein Seminar zum breiten Thema „Neue Rechte" statt. Beginn ist am Freitagabend mit einer öffentlichen Veranstaltung mit dem Titel „Innere Sicherheit - autoritäre Staatsmodelle". Samstag soll es mit sieben Referatsblöcken u.a. zu den Themen „Die Wurzeln der Neuen Rechten", „Heutige Positionen", „Europakonzeptionen der Neuen Rechten", „Frauenbild" und „Ökologie und Esoterik" weitergehen. Am Sonntag finden schließlich Arbeitsgruppen zu ausgewählten Themen statt.

ReferentInnen: **Raimund Hethey, Siegfried Jäger (angefragt), Helmut Schröder, Volkmar Wölk, vier Berliner Frauen, Jutta Ditfurth (angefragt), Andreas Speith.**

Teilnahmegebühr: 40.- DM; ermäßigt für Studierende, Arbeitslose, Zivis, RentnerInnen 30.- DM.

Anmeldung: **Nach Eingang des Betrages auf unserem Konto erfolgt die Bestätigung und weitere Informationen. Sonstige Fragen möglichst schriftlich.**

VeranstalterIn: **ABIDOZ (Antifaschistisches Bildungs-, Informations- und Dokumentationszentrum), Rothenburgerstraße 106, 90439 Nürnberg, Tel.: 0911 / 288946;**

Bankverbindung: Raiffeisenbank Nürnberg, BLZ 76060618, Konto-Nr. 390038

Innovative Abwicklung dank „Asylix"



Innovative, hilfreiche und dem Gemeinwohl dienende Anwendungsmöglichkeiten der modernen elektronischen Informationsverarbeitung - so etwas muß nicht immer aus den Zentren der bundesdeutschen Computerintelligenz um Stuttgart (Mayer-Vorfelder!) und München (Huber Erwin!) kommen, sondern es gibt ja zum Glück auch in Kiel ein Unternehmen wie „Comtec Das Systemhaus GmbH". Eben dieses hat sich nämlich die Computerprogramme „Asylix" und „Linx" ausgedacht. Nichts mit Asterix, Obelix und Konsorten hat diese Software zu tun, sondern sie dient der Abfertigung nicht fiktiver, sondern ganz realer Schurken und renitenter Subjekte. „Asylix" ist eine Kurzform aus „Asylverfahren" und „Oelixdorf", und dienen soll das Programm der staatlichen Verwaltung zur „schnelleren Abwicklung im Asylverfahren", so meldet es uns die Nummer 8/93 des Magazins „Wirtschaft zwischen Nord- und Ostsee" (WNO), herausgegeben von den Industrie- und Handelskammern zu Kiel und Flensburg.

Die Programme, so wird stolz vermeldet, sind bereits „mit der dazugehörenden Hardware" (auch etwas Härte kann nicht schaden) in Itzehoe, Oelixdorf, Lübeck und Flensburg installiert. „Linx" ist ein Programm für Gesundheitsämter, welches für eine „eindrucksvolle Effizienzsteigerung" bei den Gesundheitsuntersuchungen von Aslbewerbern sorgt. Denn der Arzt diktiert, während er untersucht, einfach alle „Informationen" seiner Mitarbeiterin, die tippt es in den PC, und heraus kommt sofort nach dieser eindrucksvollen „Untersuchung" das fertige „Gesundheitszeugnis" für unsere Asylanten. „Asylix" nun sorgt dafür, daß der Asylant rein datenmäßig reibungslos verwaltet wird, was die Aufnahme, die Verteilung auf die Lager, den Aufenthalt, das Verfahren und die Terminüberwachung betrifft. Und natürlich nicht zu vergessen: „Ebenso werden über Asylix Aufenthaltsbeendigungen abgewickelt", weiß die versierte „WNO"-Autorin Petra Lemcke. Denn es müssen in einem solchen Fall „Abschiebungen beantragt und die aufenthaltsbeendenden Maßnahmen, wie ggf. das Buchen von Flügen, abgewickelt werden".

Heißa, da freut sich doch der Kurde, wenn seine Daten schneller, als er „Asyl" sagen kann, zwischen Erstaufnahmeeinrichtung, Bundesamt, Gesundheitsamt, Ausländerbehörde, Verfassungsschutz hin- und herflutschen und, ehe er sich`s versieht, er im Zuge der zügigen Abwicklung der aufenthaltsbeendenden Maßnahmen, mit Gesundheitszeugnis wohlgemerkt, im Flugzeug nach Ankara sitzt. Ob die türkische Militärpolizei, die ihn dort schon erwarten dürfte, zweckmäßigerweise auch gleich an „Asylix" angeschlossen ist, wissen wir nicht. Bleibt nur noch, den schlauen Leuten von „Comtec" zu wünschen, daß sie niemals abgewickelt oder aufenthaltsbeendenden Maßnahmen unterzogen werden.

(aus: Gegenwind Nr. 63)

Elmschenhagener Initiative für Völkerverständigung -gegen Rassimus

„Doppelte Staatsbürgerschaft"

Am 6.10. fand im Rahmen der „interkulturellen Wochen" im Stadtteil Elmschenhagen eine kleinere, inhaltlich sehr interessante Veranstaltung statt. Die Diskussion reichte von einer Begründung der Forderung durch Ahmat Akkaya (Deutsch-Türkisches Volkshaus) und einer lebendigen Schilderung seiner eigenen Situation bis zu den gesetzlichen Grundlagen, die dem jetzigen „Deutschwerden" für ausländische Menschen zugrundeliegen (siehe Kasten).

Die Meßlatte, die bei der „Deutschwerdung" eines ausländischen Menschen angelegt wird, würden viele Deutsche gar nicht erreichen: viele Deutsche würden den Einbürgerungsrichtlinien mit Normen wie bürgerlich, gesetzestreu, staatstreu, ordentlich, arbeitsam sicherlich nicht standhalten, aber da gilt im Art. 116 GG und in § 4 RuStAG das Blutsrecht des Deutschen, was es in keinem anderen uns bekannten Staatbürgerrecht gibt.

Ahmat Akkaya kritisierte auch den angeblichen Fortschritt durch die Erleichterung der Einbürgerung für die hier aufgewachsene Generation, die 1. nur für männliche Jugendliche zwischen 16 und 23 Jahren gelte und 2. die Familien spalte (z.B. habe sein ältester Sohn die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen, er selbst jedoch sowie seine Frau und die anderen Kinder nach fast zehn Jahren Leben und Arbeit in Deutschland noch nicht.

Seiner Meinung nach bedeute diese seit dem neuen Ausländergesetz geltende Regelung nur das Interesse, neue junge Wehrpflichtige zu erhalten.

Er berichtete auch über eine weitere Auswirkung der jetzigen „Deutschwerdung" z.B. einer türkischen Familie: der Verzicht auf die alte Staatsbürgerschaft, der ja bei „Deutschwerdung" erzwungen wird, bedeutet nicht nur das erzwungene Abbrechen aller familiären und kulturellen Beziehungen, sondern oft auch der Verzicht auf Erbe oder Besitz im Heimatland. Beides fiele automatisch dem türkischen Staat zu, wenn nicht hintenherum - und das sei bis jetzt gängige Praxis - der Deutschgewordene schnell nach Deutschwerdung wieder einen Antrag auf die türkische Staatsbürgerschaft stelle. Doch auch da versuche gerade in jüngster Zeit der deutsche Staat durch enge Zusammenarbeit mit dem türkischen Staat dieses zu unterbinden.

Konsens der Veranstaltung war dann nach einer Diskussion über die gesetzlichen Grundlagen, daß die Forderung nach einer „doppelten Staatsbürgerschaft" nur wirklich durchgesetzt werden kann, wenn die geltenden Gesetze grundlegend geändert würden.

(dam)

Der „Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit"

... wird außer im Art. 116 GG (den wir hier nicht erläutern möchten, da vielleicht bekannt) im wesentlichen noch immer durch das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22.7.1913 (RuStAG) geregelt, welches von den Nationalsozialisten 1934 im Sinne der rassistischen Ideologie verändert worden war. Diese Änderungen wurden zwar weitgehend 1955 und 1956 wieder aufgehoben, eine wirkliche Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes gibt es bis heute nicht. In den Einbürgerungsrichtlinen wird in den „allgemeinen Grundsätzen für die Einbürgerung" festgestellt: „2.3. Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland; sie strebt nicht an, die Anzahl der deutschen Staatsangehörigen durch Einbürgerung zu vermehren. ...".

In den Einbürgerungsvoraussetzungen werden „Staatsbürgerliche und kulturelle Voraussetzungen" gefordert: „3.1. Die Einbürgerung setzt eine freiwillige und dauernde Hinwendung zu Deutschland, Grundkenntnisse unserer staatlichen Ordnung und ein Bekanntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung voraus.

3.1.1. Die freiwillige und dauernde Hinwendung zu Deutschland wird aus der nach dem bisherigen Gesamtverhalten zu beurteilenden grundsätzlichen Einstellung zum deutschen Kulturkreis zu schließen sein. Eine dauernde Hinwendung zu Deutschland ist grundsätzlich nicht anzunehmen, wenn sich der Einbürgerungsbewerber in einer politischen Emigrantenorganisation betätigt. ... .

3.1.2. Der Einbürgerungsbewerber soll eine seinem Lebenskreis entsprechende Kenntnis der staatlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland besitzen. Er muß in seinem Verhalten in Vergangenheit und Gegenwart die Gewähr dafür bieten, daß er sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennt und für die Erhaltung eintreten wird. Personen, die in innerer Abhängigkeit zu totalitären Ideologien stehen, ist die Einbürgerung zu versagen. Gibt die Einstellung eines Familienangehörigen zur freiheitlich demokratischen Grundordnung Anlaß zu Bedenken, so sind die staatsbürgerlichen Voraussetzungen einer Einbürgerung der übrigen Familienmitglieder sorgfältig zu prüfen. ... .

Unbescholtenheit: 3.3.1. §8 Abs. 1 Nr. 2 des RuStAG fordert eine einwandfreie Lebensführung als Vorausssetzung für die Einbürgerung: dies ist nicht ausschließlich nach strafrechtlichen Gesichtspunkten zu beurteilen. Die Feststellung, daß über den Einbürgerungsbewerber Nachteiliges nicht bekannt geworden ist, genügt für sich allein nicht. Bei der Prüfung müsse vielmehr Festellungen getroffen werden, die Aufschlüsse über den Lebensweg und das Persönlichkeitsbild des Einbürgerungsbewerbers geben.

3.3.3. Hat der Einbürgerungsbewerber wiederholt Ordnungswidrigkeiten begangen, ist eine Einbürgerung ausgeschlossen, wenn aus der Art der Häufigkeit der Rechtsverstöße zu schließen ist, daß der Einbürgerungsbewerber nachhaltig die Rechtsordnung mißachtet hat.

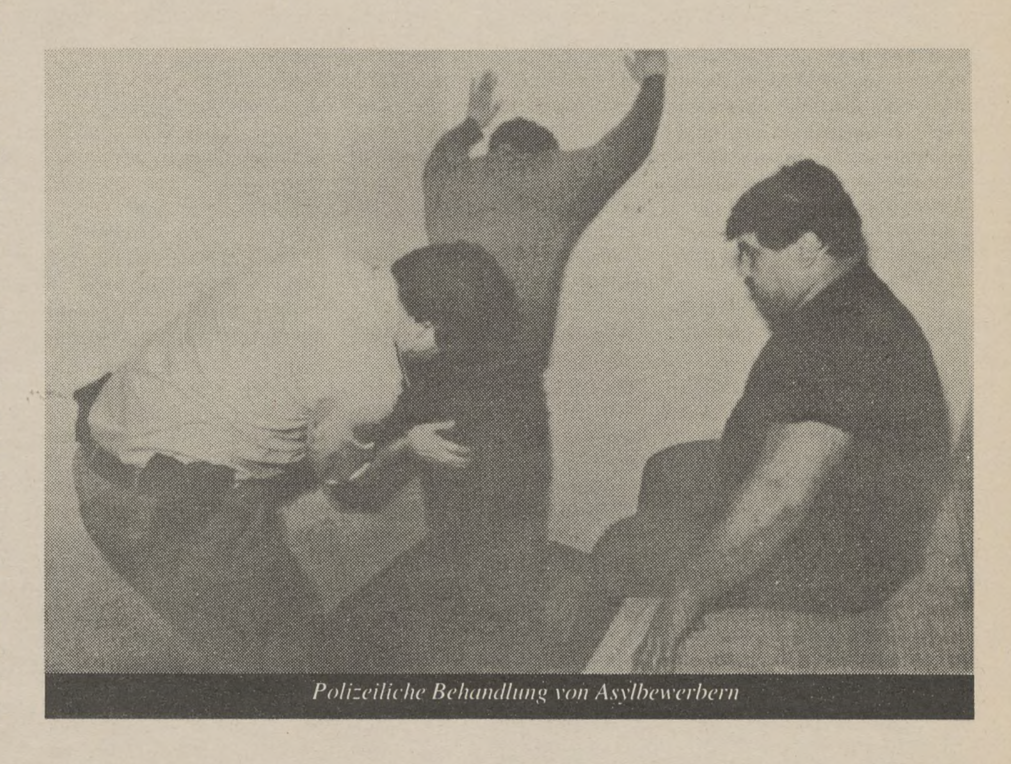
3.3.4. Fehlentwicklungen der Persönlichkeit wie Alkohol- oder Rauschmittelsucht, fortdauernde Verletzung der Unterhaltspflicht, Arbeitsunwilligkeit schließen die Einbürgerung aus. Der Bewerber muß darüber hinaus eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen gefunden haben. Schließlich muß der Einbürgerungsbewerber imstande sein, sich und seine Angehörigen zu ernähren. Ob der Bezug von Sozialhilfe dies gewährleistet, ist umstritten."

Deutlich wird wohl, daß neofaschistische Ideologie und Praxis sich auf diese geltenden Gesetze und Richtlinien stützen kann, Gesetze, die in der Gesamtheit alles ausgrenzen und diskriminieren, was nicht den Normen eines „Deutschen" entspricht.

Polizeischikane gegen VietnamesInnen

Ungefähr 700 vietnamesische Ex-VertragsarbeiterInnen demonstrierten am Samstag, dem 8. August, gegen die Durchsuchungsaktion von Polizei und Zollfahndung im Arbeiterwohnheim in der Havemannstraße im Berliner Stadtteil Marzahn. Einige Deutsche schlossen sich spontan dem von den Vietnamesen organisierten Protest an. Die Beamten waren einige Tage zuvor, am Dienstag, in das von vietnamesischen Familien bewohnte Wohnheim eingedrungen und hatten es von oben bis unten durchwühlt, ohne überhaupt einen Durchsuchungsbefehl vorweisen zu können. Gesucht worden waren unverzollte Zigaretten und Raubkopien von Video- und Musikkassetten. Die Razzia dauerte von 10 Uhr morgens bis elf Uhr nachts. In dieser Zeit durften die Vietnamesen ihre Wohnungen nicht betreten. Nicht einmal Milch für ihre hungrigen Kinder durften die Frauen herausholen. Zwei Bewohner wurden in einem Polizeifahrzeug zusammengeschlagen. Die vietnamesischen Familien waren zu DDR-Zeiten aufgrund von Staatsverträgen zum Arbeiten gekommen und wurden nach dem Anschluß als erste entlassen. Einer der betroffenen Vertragsarbeiter äußerte gegenüber dem „Neuen Deutschland", es sei zwar zulässig, daß die Polizei Gewerbekriminalität verfolgt, die dauernden Wohnungsdurchsuchungen und Schikanen dienten aber dazu, alle Vietnamesen zu kriminalisieren.

(Politische Berichte 17/93)



Polizeiliche Behandlung von Asylbewerbern

Alte Hetze gegen Sintis „neu" aufgelegt

In der Zeitschrift „Aktiv" (Herausgeber ist der bayerische Metallarbeitgeberverband, sie wird 14täglich kostenlos an alle Metall-Beschäftigten verschickt) wird eine ganze Seite dem „Zigeunerproblem aus dem Osten" gewidmet. Sie kommt zu folgendem Schluß: „Jeder weiß, daß der Westen nicht in der Lage und auch nicht willens ist, sie alle aufzunehmen. Der Kulturschock auf beiden Seiten wäre einfach zu groß. Seit Rostock gibt es kaum Zweifel daran, daß eine West-Wanderung von Millionen von Roma unerträgliche Spannungen erzeugen würde.

Ganz abgesehen von den Schwierigkeiten der Integration, würden die wenigsten Bürger im Westen einsehen, daß die Verfolger-Staaten ihre unliebsamen Mitbürger auf bequeme Weise loswerden und die Last auf Westeuropa abwälzen.

An dieser Text-Stelle kommt in dem „Aktiv"-Artikel ein hervorgehobener Text-Kasten mit folgendem Inhalt:

„Meist nur Brot und Wasser

Aus Meyers Lexikon 1930 ,über die Zigeuner,: ,Die Nahrung ist spärlich, meist leben die Zigeuner von Brot und Wasser. Der Igel ist das Nationalgericht, fettes Schweinefleisch lieben sie sehr, Pferdefleisch verschmähen die englischen Zigeuner. Daß sie Menschenfleisch verzehren, ist ihnen oft nachgesagt worden. Einzelfälle sind bekannt. Branntwein und Tabak sind bei beiden Geschlechtern von Kind auf sehr beliebt. hre Kleidung besteht fast immer in Lumpen, doch kleiden sie sich gern, wenn sie es können, in prunkvoll auffallenden Farben'."

So „wissenschaftlich" untermauert also „Aktiv" seinen „Kulturschock". Zigeuner saufen, sind zerlumpt und fressen auch schon mal Menschenfleisch. Nach dem Kasten fährt „Aktiv" fort: „Die einzige Chance, den Millionen-Treck zu stoppen, besteht darin, die Lebensbedingungen der Zigeuner in ihren angestammten Ländern wenigstens soweit zu verbessern, daß es ihnen nicht schlechter geht als vor dem Zusammenbruch der roten Diktaturen. Aus eigenem Antrieb werden die osteuropäischen Länder diese Kehrtwende nicht vollziehen. Dafür sind ihre wirtschaftlichen Aussichten zu ungünstig. Es dürften noch viele Jahre vergehn, bevor die Roma wieder `gebraucht' werden."

„Aktiv" streitet also den „osteuropäischen Ländern" jede eigene Kompetenz zu wirtschaftlichem Fortschritt ab, was heißt „ohne deutsche Einmischung" geht es nicht. Früher hieß das „am deutschen Wesen wird die Welt genesen". Welches Wesen „Aktiv" den Sinti unterstellt liest sich so: „die Gesetze des Staates wurden dagegen nie akzeptiert (von den Zigeunern) - ein Rechtsbewußtsein nach den westlichen Maßstäben fehlt weitgehend." „In den Dörfern kam es stets zu kleineren Delikten wie Mundraub - in der Sprache der Roma nannte man das finden". Zur vorher erwähnten Menschenfresserei, dem Saufen, kommt also noch mangelndes Rechtsbewußtsein und daraus folgernd das Stehlen. So werden in Millionenauflage und kostenlos, „wissenschaftlich" untermauert, die alten Vorurteile gegen die Sintis von der Arbeitgeberzeitung geschürt.

(Antifaschistische Nachrichten 17/1993)

Wahlen in Hamburg - Faschisten weiter im Aufwind

Am 19. September fanden in Hamburg Bürgerschaftswahlen statt. Mit 4,8% für die Republikaner und 2,8% für die DVU gelang es den beiden großen faschistischen Parteien wiederum nicht, in das Hamburger Landesparlament einzuziehen. Davon abgesehen brachten ihnen ihre Ergebnisse satte 300.000 DM bzw. 170.000 DM (REP/DVU) in die Parteikassen.

Für die etablierten Parteien ist, so hat es den Anschein, damit die Welt wieder in Ordnung. Lediglich der Durchstart der STATT-Partei des „CDU-Rebellen" Markus Wegner direkt in die Bürgerschaft macht der CDU noch zu schaffen. Allerdings wird schon tüchtig an der Wiedereingliederung Wegners und seiner WählerInnen gearbeitet.

Bevor man dieses Wahlergebnis wertet, muß mensch sich allerdings einige Punkte ins Gedächtnis zurückrufen. Einerseits ist der Vergleich mit dem Wahlergebnis von 1991, der einen Anstieg der faschistischen WählerInnen um mehr als 300% ergibt, nur eingeschränkt möglich. 1991 hatten die Faschisten im Wiedervereinigungs-Taumel ein für ihre Verhältnisse schlechtes Ergebnis gehabt. Bei der Europawahl 1989 dagegen erreichten sie in Hamburg zusammengerechnet 7,5% der Stimmen. Insofern hätten sie nun mit zusammen 7,6% ihr Potential wieder erreicht. Andererseits ist zu beachten, daß dieses Ergebnis heute, nach Solingen und Mölln, nach verstärkter Aufklärung durch AntifaschistInnen als Abbild der gesamtgesellschaftlichen Rechtsentwicklung durchaus einen Trend darstellt. Es wäre im Grunde genommen nach der Mobilisierung durch die erschreckenden Gewalttaten mit faschistischem Hintergrund und die Arbeit der AntifaschistInnen zu erwarten gewesen, daß die faschistischen Parteien deutlich weniger Stimmen als 1991 erhalten würden. Immerhin kann sich heute wohl niemand mehr aller ernstens damit herausreden, er/sie hätte nicht genau gewußt wen er/sie da wählt. Dieser Trend deutet darauf hin, daß in den nächsten Jahren die faschistischen Parteien wohl nach und nach in allen Landtagen vertreten sein werden.

Betrachtet man die genauen Wahlergebnisse, so fällt einem ein Zusammenhang auf: Die 22 stimmenstärksten Stadtteile der DVU und REPs, in denen sie zusammen 10% und mehr erhielten, sind Wohnviertel mit unterdurschnittlicher Wohnungsqualität bzw. schlechtem Anschluß an die städtische Infrastruktur wie Wilhelmsburg (15,9%), Veddel (13,3%) oder St. Pauli (10,6%). In diesen Stadtteilen hatten die REPs schon 1991 gute Ergebnisse erzielt - insofern zeigt sich hier deutliche Kontinuität. Diese Stadtteile sind nicht einfach nur Arbeiterwohngebiete, sondern Gegenden die in den letzten Jahren besonders dem Verfall preisgegeben, kaputtgemacht worden sind. Es sind dies die Gebiete die durch die Stadtplanung dazu auserkoren wurden, in anderen Gebieten Entmietete aufzunehmen, die Wohnviertel in denen besonders viele Wohnungen vom Sozialamt zugewiesen wurden. In den meisten dieser Vierteln erhielt die STATT-Partei unterdurchschnittlich wenige Stimmen, die GAL zwar insgesamt weniger aber dennoch deutlich mehr als 1991. Eine Ausnahme ist z.B. St. Pauli, wo die GAL 34,5%, die DVU/REPs zusammen 10,6% erhielten. Im wesentlichen sind die Stadtteile, in denen die Faschisten besonders viele Stimmen erhielten jedoch solche, in denen das linke und alternative Spektrum nicht besonders stark vertreten ist.

Im Gegensatz dazu sind die 15 Stadtteile, in denen REPs plus DVU zusammen unter 5% blieben und zwischen 3,4% und 4,9% erhielten vor allem wohlhabendere Wohngegenden wie Blankenese, Rothenbaum oder Othmarschen. Diese teilen sich im wesentlichen in Hochburgen der CDU und der GAL. In letzteren waren die Stimmanteile der STATT-Partei relativ niedrig, in den ersteren besonders hoch. Am ehesten läßt sich daraus schlußfolgern, daß die Bevölkerung von Stadtteilen mit hohem GAL-Anteil weniger anfällig für hohe Wahlergebnisse von Faschisten ist. Das verwundert nicht allzusehr - irgendwie muß sich die antifaschistische Arbeit ja auswirken. Andererseits könnte darauf geschlossen werden, daß CDU-WählerInnen das Großteile des Protestwählerpotentials ausmachen, die in erster Linie den etablierten Parteien einen „Denkzettel" verpassen wollen, und parteilich nicht besonders gebunden waren. Diese konnten ihren Frust diesmal innerhalb ihres angestammten Spektrums loswerden, und waren damit für die Faschisten nicht zu erreichen.

Damit wäre es also keineswegs dem „Antifaschismus" der etablierten Parteien geschuldet, daß die Faschisten bei dieser Wahl nicht noch einige Prozent mehr bekamen, sondern der STATT-Partei, die auch locker mit law-and-order-Parolen umging. Diese Art von Protestwählern aus dem CDU-Bereich können also gegebenenfalls das Zünglein an der Waage zum Sprung ins Parlament spielen. Die Tatsache, daß die etablierten Parteien bei dieser Wahl jede Diskussion mit DVU und REPs unterlassen haben, um diese Parteien zu isolieren, hätte also keinerlei Auswirkung gehabt.

Das deutlichste Ergebnis dieser Wahl scheint jedoch zu sein, daß es den Faschisten gelungen ist, in zahlreichen Stadtteilen in den letzten Jahren eine kontinuierlich ansteigende Basis aufzubauen. Anders läßt es sich nicht erklären, daß ihre Spitzenergebnisse ungeachtet der sonstigen politischen Umstände in diesen Stadtteilen seit 1989 größtenteils in den selben Stadtteilen liegen. Insofern müssen künftig sicherlich soziale Kategorien in antifaschistischen Aktivitäten berücksichtigt werden. Natürlich können nationalistische und rassistische Einstellungen nicht lediglich den sozialen Umständen zugeschrieben werden. Dies würde einerseits unterschlagen, daß auch in den Stadtteilen mit relativ geringem Stimmenanteil der Faschisten, diese zum Teil rasante Zuwächse hatten, und Anteile von 3-5% eine ordentliche Basis an WählerInnen darstellen. Weiterhin geben, so die Forschungsgruppe Wahlen, Wähler „rechtsextremer Parteien" zu 60% „Ausländer und Asylanten" als ihre Hauptsorgen an. Inwieweit diese Einstellungen jedoch bewußte oder unbewußte Kompensationen von selbst empfangenen Demütigungen und Perspektivenlosigkeit sind, muß jeweils genau betrachtet werden. Daß soziale Deklassierung und Benachteiligung in Zeiten, in denen der „survive of the fitest" als gesellschaftliche Tugend gepredigt wird die Menschen in rassistischen und nationalistischen Einstellungen belassen, ist so selbstverständlich, wie nützlich - jedenfalls für diejenigen, die im Moment dabei sind ihre politischen Projekte wie Pflegeversicherung, Lohnkürzungen und ähnliches, gegen eine objektive Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen.

Danke, Dr. Steffen

Mit großem Unverständnis dürfte die Entscheidung des Stockholmer Nobelpreiskomitees in Kiel und anderswo aufgenommen werden, den diesjährigen Nobelpreis für Medizin nicht an den Kieler Arzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten, Jens Gerd Steffen, zu vergeben. Dieser hat der Menschheit durch seine langjährigen Forschungen bahnbrechende neue Erkenntnisse zur Lösung schwerwiegender Probleme geliefert, die nicht unbeachtet bleiben sollten.

Freilich verzichtet er in seiner grenzenlosen Bescheidenheit auf die Veröffentlichung dieser Ergebnisse in den einschlägigen medizinischen Fachzeitschriften und begnügt sich mit einer regelmäßigen Kolumne im Parteiblatt der REPUBLIKANER. Schade.

Die ATZE hat sich entschlossen, die Forschungsergebnisse noch vor SPIEGEL und FOCUS zu veröffentlichen, weil derartige Talente nicht verborgen bleiben dürfen.

Fragen und Antworten zur Gesundheit

von Dr. med. Jens G. Steffen

Mal ganz ehrlich: Hat sich nicht jede/r von uns schon einmal gefragt, worin die Ursache für den zunehmenden Genuß von Rauschmitteln bei der Jugend liegt?! Welches die verderblichen Folgen sind?! Wo der Ausweg aus der Misere liegt?!

Dank Dr. Steffen kann uns nun geholfen werden. Sein selbstloser Einsatz in Form einer anstrengenden Versuchsreihe brachte folgendes Ergebnis: „Damit wir Ursache und Wirkung klarer sehen, gebrauche ich den bildhaften Vergleich einer Infektion. Das Hauptalter der Ersterkrankung ist das 17. bis 20. Lebensjahr. In diesem Lebensalter wird die Lust auf Drogen z.T. herbeigehört - durch Rockmusik... Unbemerkt von der Öffentlichkeit liegt hier der Auslöser für die permanente Rauschgiftansteckung vieler junger Menschen."

Wahrlich gewichtige Einsichten in Sachen Volksgesundheit, die uns hier unzensiert entgegentreten. Und Dr. Steffen weist auf ganz besonders krasse Formen dieser Entwicklung hin: „Das geht so weit, daß an der Universität Hamburg eine Professur für `Pop Music` eingerichtet wurde." Tja, das hatte es unter Adolf nicht gegeben.

Was aber ewmpfiehlt Dr. Steffen als Medizin? Was zur Linderung des Problems? Warten wir auf also gespannt auf die nächste Folge, wenn es wieder heißt: „Fragen und Antworten zur Gesundheit" von Dr. med. Jens G. Steffen.

HJ-Lager von der Polizei aufgelöst

Unterlagen über Sprengstoffe sichergestellt

Ein vorzeitiges Ende fand das diesjährige Bundessommerlager der „Heimattreuen Jugend e.V.", zu dem für den Zeitraum vom 22. Juli bis zum 1. August nach Thüringen eingeladen worden war. An ihm beteiligten sich mehr als 60 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet, darunter etwa 40 Kinder. Bei dem Polizeieinsatz Ende Juli wurden 20 TeilnehmerInnen des Lagers festgenommen, gegen fünf wird wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz und das Strafgesetzbuch ermittelt. Die Polizei fand bei der Durchsuchung, mit der - so die „Süddeutsche Zeitung" - offenbar auch befürchtete Angriffe auf ein Flüchtliungsheim verhindert werden sollten - neben rechtsextremen Schriften auch Unterlagen über Zusammensetzung und Wirkung von Sprengstoffen. Dies ist umso bemerkenswerter als der BHJ mit seinen diversen Abspaltungen seit längerer Zeit nicht mehr in den Verfassungsschutzberichten erwähnt wird und auch von antifaschistischer Seite in den letzten Jahren wenig Aufmerksamkeit erfahren hat.



Die Organisation, die sich vom „Bund Heimattreuer Jugend" abgespalten hat, wird von der Bundesführung um Gerald Hiller, Viola Prehn und Henning Pless geleitet. Als Unterstützer des Vereins ist auch der Kieler Faschist Dietmar Munier (Verleger, Buchhändler) aktiv. Viola Prehn und Henning Pless haben enge Kontakte zu ihm, u.a. im Rahmen der von ihm betriebenen „Aktion Deutsches Königsberg".

Meldungen

Rassistische Versicherung

Die „Feuersozietät Öffentliches Leben" lehnt es ab, Autos von AusländerInnen zu versichern. Maklern, die weiterhin Kfz-Versicherungen ohne Rücksprache mit der Zentrale an AusländerInnen vermitteln, droht sie mit Kündigung des Maklervertrages. Dieses Verhalten ist kein Einzelfall; auch bei anderen Versicherungsgesellschaften wird Maklern für den Abschluß einer Versicherung mit AusländerInnen keine Provision gezahlt. Die Feuersozietät ist allerdings eine Körperschaft öffentlichen Rechts und im Besitz des Landes Berlin. Die politische Verantwortung für das Unternehmen liegt beim Wirtschaftssenator Norbert Meisner (SPD), der als Verwaltungsratsvorsitzender auch die direkte Aufsicht über die Sozietät hat. Von ihm war keine Stellungnahme zu erhalten.

Ermittlungsverfahren gegen REP

Gegen drei Bezirksverordnete der REP im Berliner Bezirk Friedrichshain ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Volksverhetzung. Detlef Mahn, Rainer Gerbert und Manfred-Ulrich Voigt hatten in einem Schreiben an Gesundheitssenator Peter Luther (CDU) gegen Schwule und Lesben gehetzt und eine Kürzung der Gelder für Lesben- und Schwulenberatung gefordert.

NPD-Parteitag in Coppenbrügge



Ein vorzeitiges Ende fand der Bundesparteitag der NPD Mitte September im niedersächsischen Coppenbrügge. Als Bauernversammlung hatte sich die neofaschistische Partei in einem Landgasthof eingemietet. Zunächst organisierten BewohnerInnen des Ortes den Protest: einige fuhren mit Lautsprechern durch die Straßen, andere malten Transparente wie „Nazis raus" und „Schluß mit dem braunen Terror". Sie konnten schließlich auch den Wirt zur Kündigung des Vertrages bewegen. Am Nachmittag trafen zudem auch AntifaschistInnen aus Hessen und dem übrigen Niedersachsen ein, die zum Teil vormittags in Fulda gegen den dort angekündigten Aufmarsch der „Jungen Nationaldemokraten" demonstriert hatten. Der Versuch von Ellen Scherer, erstmals als Frau Parteivorsitzende zu werden, scheiterte. Der bisherige Parteivorsitzende Günter Deckert wurde wiedergewählt.

„Immelmann-Geschwader" nach Jagel verlegt

Anfang September sah der Fliegerhorst Jagel der Bundeswehr einen „Tag der offenen Tür", zu dem über 40000 BesucherInnen kamen. Anlaß für diese Präsentation deutscher Kriegstüchtigkeit war der Abzug des Marinefliegergeschwaders 1, das nach 35 Jahren aufgelöst wird. An seine Stelle tritt in Jagel nun das Aufklärungsgeschwader 51 „Immelmann". Es sei an dieser Stelle gestattet, an die Geschichte dieses Geschwaders zu erinnern. Bereits die Nazi-Wehrmacht hatte ihr Immelmann-Geschwader. Benannt nach einem Oberleutnant der kaiserlichen Armee, der sich als Jagdflieger Verdienste beim Kampf des kaiserlichen Deutschland um die Vorherrschaft Deutschlands in Europa erwarb, waren die Nazi-Flieger an vorderster Front an den Überfällen auf Frankreich, Griechenland und die Sowjetunion beteiligt. Das hinderte die Bundeswehr nicht daran, eines ihrer Aufklärungsgeschwader ebenfalls in diese Tradition zu stellen. Für Schlagzeilen sorgte das Immelmann-Geschwader der Bundeswehr wiederholt durch seine engen Kontakte mit dem Altnazi Hans-Ulrich Rudel, der an Traditionstreffen des Geschwaders teilnahm. Für die Teilnahme der Bundeswehr hatte sich im Jahre 1975 der spätere Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) stark gemacht.

Meldungen

WJ-Fußballturnier in Berlin

Mitte September führten die neofaschistischen Organisationen Wiking-Jugend und FAP in Berlin ein Nazi-Fußballturnier durch. Dabei war auch der WJ-Bundesvorsitzende Wolfram Nahrath anwesend; in den bei dieser Gelegenheit feilgebotenen Schriften wurde u.a. ein „Sterilisationsgesetz" gefordert, um die „Vermehrung von Minderwertigen" zu verhindern. Der Chef der Polizeidirektion 2, Hans-Jürgen Förster, hält so etwas für „Geschreibe von jungen Leuten in Pfadfindermanier" und sah demzufolge auch keinen Anlaß zur polizeilichen Beendigung der Nazi-Veranstaltung. Das polizeiliche Interesse konzentrierte sich stattdessen auf einige Antifaschisten. Die Berliner Polizei ermittelt nun wegen Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens gegen drei Männer, die das Nazi-Treffen fotografieren wollten. Bei ihnen waren Schreckschußpistolen, eine Kette und fünf „Chinakracher" gefunden worden. Einer der drei Festgenommenen, Kreisvorstandsmitglied der Spandauer SPD, machte deutlich, daß diese Gegenstände ausschließlich der Verteidigung hätten dienen sollen.

Sudholt im Knast

Der langjährige Vorsitzende der „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP), Dr. Gert Sudholt, sitzt seit dem 14. Juni 1993 in Haft. Anlaß hierfür war ein revisionistischer Artikel des französischen Literaturprofessors Robert Faurisson in den damaligen „Deutschen Monatsheften für Politik, Geschichte, Kultur und Wirtschaft" des Jahres 1987. Als presserechtlich Verantwortlicher wurde Herausgeber Sudholt 1990 vom Münchner Landgericht zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Berufungsverhandlung vor dem Obersten Bayerischen Landesgericht in München erbrachte eine Verurteilung Sudholts zu einer Strafe von einem halben Jahr Haft und einer Geldstrafe von DM 10.000. Verleger Sudholt („Verlagsgruppe Berg") trat am 20. Juli 1991 vom Vorsitz der rechtsextremen GfP zurück. Nachfolger wurde der ehemalige NPD-Landtagsabgeordnete Dr. Rolf Kosiek.

Antifaschistische Wochenzeitung für Rußland

Das Projekt einer Antifaschistischen Wochenzeitung für Rußland nimmt langsam Gestalt an. Angesichts der immer offener und aggressiver auftretenden nationalistischen, antisemitischen und faschistischen Kräfte heißt es in der Nullnummer u.a.: „In dieser Situation haben sich russische Demokraten entschlossen, eine partei- und regierungsunabhängige `antifaschistische Wochenzeitung` herauszugeben. Die Initiatoren dafür finden sich in Gruppen wie dem 1988 gegründeten „Antifaschistischen Zentrum", in der Gruppe `Memorial`, die sich inzwischen als russische Variante von `amnesty international`versteht, in der Schriftsteller-Vereinigung `April`... Chauvinismus, Rassismus, Anti-Semitismus, Fremdenfeindichkeit, sowie insgesamt militärische und neo-imperiale Lösungsversuche der Krise sollen angeprangert und stattdessen der Dialog und die Suche nach selbstbestimmten, kooperativen und friedlichen Wegen propagiert werden.... Tendenziell ist eine deutsche Fassung der Zeitung beabsichtigt."

Kontakt: Kai Ehlers, Koppel 22, 20099 Hamburg

Republikaner wollen VVN ausforschen

Die Republikaner wollen wissen, wer sich in einer antifaschistischen Organisation engagiert und da auch Funktionen wahrnimmt. Die mögliche Verwendung solcher Daten liegt auf der Hand. Die REP fragen dazu die Landesregierung in Baden-Württemberg, warum im diesjährigen Verfassungsschutzbericht „auf einen eigenen Abschnitt über die VVN/BdA verzichtet" wurde und „welche Funktionsträger der VVN/BdA gleichzeitig Mitglieder oder Funktionsträger" der SPD, der DKP und der Grünen sind. Das Innenministerium teilte mit, im Verfassungsschutzbericht seien Darstellungen „gestrafft", wenn über Gruppen „gegenüber dem Vorjahr keine gravierend abweichenden Erkenntnisse angefallen" seien. Angaben über die Parteizugehörigkeit von Funktionsträgern werden unter Berufung auf den Datenschutz nicht gemacht, wohl aber allgemein bestätigt, daß „vor allem in den Führungsgremien auf Bundes- und Landesebene nach wie vor DKP-Mitglieder vertreten" seien. Woher weiß das Innenministerium Bescheid über die Parteizugehörigkeit einzelner VVN-Mitglieder?

Meldungen

NPD-Richter endlich endgültig seines Amtes enthoben

Der NPD-Funktionär Peter Markert, der als Richter am Bochumer Arbeitsgericht tätig war (wir berichteten), ist nun endgültig seines Amtes enthoben worden. Nach langem hin und her erzwangen AntifaschistInnen unter Mitwirkung der ÖTV NRW seinen Rauswurf. Zuletzt besetzten ca. 500 AntifaschistInnen am Tag seines Amtsantrittes als ehrenamtlicher Richter, den Gerichtssaal.

Republikaner jetzt auch im Thüringer Landtag vertreten

Was die letzten Landtagswahlen nicht ermöglichten, erreichten die neofaschistischen Republikaner in Thüringen nun durch den Parteiübertritt eines CDU-Landtagsabgeordneten. Am rechten Rand der CDU scheint der Abstand zu den Faschisten offensichtlich nicht mehr groß.

Möchtegern-"Führer" Küssel wegen „Wiederbetätigung" zu zehn Jahren Haft verurteilt



Gottfried Küssel, führender österreichischer Neonazi, und in der BRD nach der „Wende" beim Aufbau der militanten Neonazionalsozialistischen Szene bekannt geworden, wurde am 28.9.1993 in Österreich zu zehn Jahren Haft verurteilt. Die Verurteilung erfolgte aufgrund eines österreichischen Gesetzes, das die Wiederbelebung der NSDAP unter harte Strafe (Höchststrafe bis zu lebenslang) stellt. Dieses Gesetz, als Umsetzung der alliierten Kontrollratsbeschlüsse, wurde in der Vergangenheit zwar ab und an, aber kaum in dieser Härte, gegen österreichische Neonazis angewandt. Nachdem Küssel in den letzten Jahren sich immer wieder in der Öffentlichkeit zu Nationalsozialismus, zur weltweit agierenden NSDAP/AO und zu den Nazi-Verbrechen bekannt hatte, kam die Strafkammer kaum umhin, ihn nach diesem Gesetz zu verurteilen. Die besondere Härte des Urteils mag sich noch aus dem militant/militärischen Auftreten Küssels und seiner VAPO (Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition) erklären, die als Vorbereitung zum Umsturz gewertet wurde. Vor einigen Monaten waren schon der „Gaubeauftragte" der VAPO für Oberösterreich und Salzburg, Günther Reinthaler und sein Stellvertreter Jürgen Lipthay zu 18 Monaten verurteilt worden.

Internationale Kontakte der griechischen Rechten

Die griechische Nazigruppe mit den meisten internationalen Kontakten ist der *Peopels Bond* (benannt nach dem deutschen *Völkischen Bund*). Sie treten meist unter dem Namen *Hryssi Avghi* (Goldene Feder) auf. Ihr Führer heißt Nikos Mihaloliakos und ist ein Vetter des ehemaligen Vorsitzenden der Parteijugend der regierenden liberalen Partei Nea Dimocratica. Interessant sind auch ihre internationalen Beziehungen, vor allem zu deutschen Nazis. Unter diesen sind Ernst Zündel und Ewald Althans, der auch persönlich auf den Kongressen der griechischen Organisation 1992 und 1993 auftauchte. Sie haben auch gute Kontakte nach Italien zu Nazis wie Pino Rauti, Elio Massagrandi, Franco Freda. Freda war auch einer derjenigen, die das Bombenattentat 1969 in Mailand an der Piazza Fontana geplant hatten und sitzt derzeit unter der Anschuldigung, die italienische faschistische Partei wiedergründen zu wollen, im Knast. Neuere Kontakte bestehen nach Kroatien. In einer Ausgabe ihrer Wochenzeitung war kürzlich ein Interview mit dem französischen faschistischen Söldner Michel Faci. Dabei prahlte die griechische Gruppe damit, daß auch eigene Leute auf der Seite der Kroaten kämpfen. Andererseits bestehen aber auch gute Kontakte zu dem serbischen Nationalisten V. Ses~elj. Ebenso intensiv sind die Kontakte zu belgischen Faschisten. Ein Buch des belgischen Ex-SSlers Leon Degrelle wurde im Verlag der Rechten *Elefttheri Skepsis* (Freies Denken) verlegt. Die Gruppe hat auch Kontakte zu der südafrikanischen *Afrikaner Widerstandbewegung (AWB)*. Auf ihrem letzten Kongreß kam es auch zu einem „Koordinierungstreffen" zwischen dem Vertreter der *AWB* Johannes Thompson und dem deutschen Faschisten Althans.

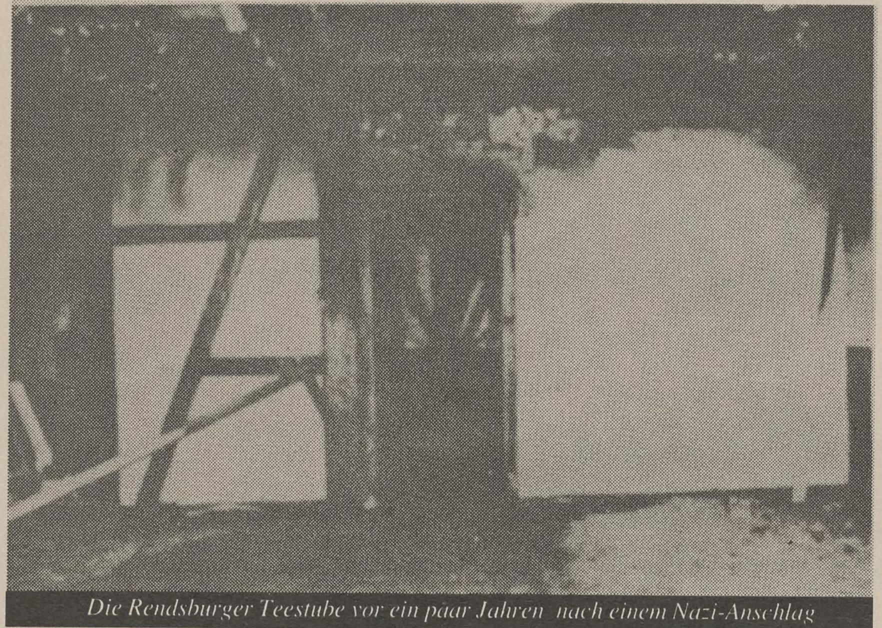
NAZITERROR

„Die Präsenz der zur rechten Szene gehörenden Skins im Raum Rendsburg nimmt besorgniserregend zu.“ Landeszeitung

In den letzten Jahren entstand im Raum Rendsburg ein immer besser organisiertes Netz der ortsansässigen militanten Neonazis. Mittlerweile formiert sich Rendsburg nicht nur Schleswig-Holsteinweit, sondern über die Landesgrenzen hinaus zu einem zentralen Treff- und Koordinationspunkt der Neonazis. Insbesondere während der letzten Monate hat es verstärkt Treffen von Neonazis aus der ganzen BRD gegeben.

Zum Naziterror in RD und Umgebung

Als es das Wetter noch zuließ, trafen sie sich Woche für Woche entweder auf dem Grillplatz am Treidelweg in Büdelsdorf oder vor dem Imbiß beim Bonamarkt in Westerrönfeld. Als weiteren Treffpunkt stellen ortsansässige Faschisten ihre Wohnungen zur Verfügung, wo ihnen ganz besonders gut die Möglichkeit geboten wird, zu planen und sich zu besprechen. Im Zug dieser Entwicklung stieg natürlich dementsprechend die Zahl der Überfälle (insbesondere der sog. Scooter-Szene) massiv an. Ende September stellte zum ersten mal auch die schleswig-holsteinische Landeszeitung (LZ) in zwei kurz hintereinander folgenden Artikeln die Aktivitäten der Nazis als Gefahr und die Entwicklung Rendsburgs zur „Hochburg der Skinhead-Szene“ dar. Unter der Überschrift: „Rechtsradikale Schläger: Viele Einwohner trauen sich nicht auf die Straße - Ein Dorf in Angst“ (Westerrönfeld) berichtet die LZ von etlichen Überfällen, bei denen die Opfer zum Teil schwer verletzt wurden. So wurde zum Beispiel einem 18-jährigen mit Baseball-Keulen der Arm zertrümmert, ein anderer „Scooter“ wurde von seinem Roller gezerrt, getreten und geschlagen, ein Dritter berichtet, daß ihm eine Eisenstange, während der Autofahrt in die Frontscheibe geworfen wurde. Öffentliches Sieg-Heil-Gegröle, Telefonterror und Gewaltandrohung gegen BürgerInnen sind an der Tagesordnung.Unter den sich Versammelnden befinden sich auch regelmäßig Nazis aus Husum, Heide, Nordfriesland, Itzehoe, Flensburg, Schleswig, Kiel, dem Hamburger Umland und sogar aus Berlin, Fulda und Ingolstadt. Bekannt ist, daß viele von ihnen mittlerweile organisiert sind, hauptsächlich in der FAP, Kontakte bestehen aber auch zur Nationalen Liste, Hamburg.



Die Rendsburger Teestube vor ein paar Jahren nach einem Nazi-Anschlag

Zum Verhalten von Polizei und Presse

Festzustellen ist, daß die Polizei den Versammlungen der Neonazis in letzter Zeit mehr Beachtung „schenkt“. Laut Polizei- und Presseberichten sind jedes Wochenende Einsatzkräfte der Polizei (u.a. Bereitschaftspolizei aus Eutin) vor Ort. Die Erfahrungen haben allerdings gezeigt, daß die Beamten in den meisten Fällen das geschehen nur beobachten. Lediglich in Ausnahmen sah sich die Polizei aufgrund von öffentlichem Druck genötigt, einzugreifen und einige der Neonazis festzunehmen. Nachwievor zieht sich allerdings durch das Verhalten der Polizei und die Berichterstattung der Presse die Verharmlosung der neonazistischen Aktivitäten. Sie werden nicht in einen gesellschaftlich-politischen Zusammenhang gestellt, sondern auf den Aspekt der Gewalt unter Jugendlichen reduziert. Nicht zu ungefähr stellt die LZ an den Anfang eines Artikels das Zitat der Westerrönfelder Bürgermeisterin Schütt: „Normale Bürger, die sich nicht beteiligen, werden auch nicht bedroht.“

Antifaschistische Aktivitäten zum 3. Oktober

Aufgrund konkreter Beobachtungen und Hinweise Ende September deutete sich an, daß die Faschisten ein Treffen in Rendsburg in größerem Maßstab planten. Innerhalb der Antifa wurde diskutiert, wie dem etwas entgegengesetzt werden kann.

WIDERSTAND

Nach dem Bekanntwerden der jüngsten Auseinandersetzungen und Überfälle der Faschisten waren größere Teile der Rendsburger Bevölkerung sensibilisiert. Insbesondere viele jüngere Leute zeigten sich alarmiert. In Westerrönfeld hatte sich nach den Vorfällen eine Elterninitiative gegen den rechten Terror gebildet. Aus dieser Situation heraus entstand die Idee für das „Fest für Freundschaft und Völkerverständigung", das am 2. Oktober nachmittags am Büdelsdorfer Grillplatz an der Eider, also am üblichen Treffpunkt der Nazis, stattfand. Über Pressemitteilung, Handzettel, Plakate und Gespräche mit verschiedenen Initiativen, war das Fest in der Öffentlichkeit breit angekündigt worden. Zum einen sollte das Fest dazu dienen, mit interessierten Menschen zusammenzukommen und sich auszutauschen, zum anderen stellte es einfach aufgrund der Wahl des Ortes eine symbolische Platzbesetzung dar.

In einer Pressemitteilung, die auch an die örtliche Polizeidirektion geschickt wurde, forderte die Antifa zum einen entsprechenden Schutz für das Fest und zum anderen, daß nicht länger zugelassen wird, daß sich Neonazis ungehindert auf öffentlichen Straßen, Plätzen etc. versammeln können. „Erfreulicherweise sind nach den Ereignissen der letzten Wochen immer mehr Menschen nicht mehr gewillt, diesen Zustand einfach hinzunehmen, auf den verschiedensten Wegen wird sich gegen den rechten Terror zur Wehr gesetzt. Wir möchten sie in aller Deutlichkeit darauf hinweisen, daß ein Aufmarsch oder eine Versammlung der Neonazis in RD oder Umland nicht widerstandslos hingenommen wird." Die Mitteilung hatte zur Folge, daß die Presse in einem Artikel am Tag vor dem Fest recht positiv über die antifaschistische Aktivität berichtete und auch die eben zitierten wesentlichen Absätze der Pressemitteilung der Antifa mit einfließen ließ. Der so erzeugte Druck zog ebenfalls nach sich, daß die Polizei sehr massiv vertreten war. Es kam weder tagsüber, noch am Abend, zu größeren öffentlichen Ansammlungen von Faschisten. Wie sich herausstellte, hatte die Polizei kurzfristig Kontakt zu den Anführern der hiesigen Faschoszene aufgenommen. Das Fest war mit bis zu 80 BesucherInnen recht gut besucht. Leider bleiben die Ein- und Anwohner von Büdelsdorf dem Fest fern. Das mag daran gelegen haben, daß viele Angst hatten vor Schlägereien etc. Das verwundert nicht, denn wie erwähnt hatte die Presse bis dahin immer von sich schlagenden, rivalisierenden Jugendbanden gesprochen.

Was nun?

Die Antifa ist überzeugt davon, daß es absolut notwendig ist, daß sich sehr viele am Widerstand gegen die Neonazis beteiligen. Es kann nicht angehen, daß Faschisten die öffentlichen Straßen und Plätze überlassen werden und die Mehrzahl der übrigen EinwohnerInnen verängstigt zu Hause sitzt. Wer Angst haben sollte, sind die Neofaschisten. Es sollte diskutiert werden, ob ein antifaschistische Bündnis gegründet wird. Der Arbeitskreis „Für ein gewaltfreies Rendsburg", in dem die Polizei, die Presse, SozialarbeiterInnen aus verschiedenen Jugendtreffs sowie Einzelpersonen zusammenarbeiten, diskutiert momentan unfaßbarerweise, ob sie den Rechtsradikalen Räume zur Verfügung stellen, um das Problem zu lösen. Glücklicherweise konnte erreicht werden, daß zu den nächsten Treffen VertreterInnen der Antifa eingeladen werden. Zu der „sozialpädagogischen Lösungssuche des Problems" wird es in der nächsten Atze einen Artikel geben, der ausführlich berichtet.

Bücher Bücher Bücher

Aufbruch der Völkischen

Wolfgang Purtscheller, Aufbruch der Völkischen. Das braune Netzwerk, Picus-Verlag, Wien 1993, 448 Seiten, öS 360.-

Zwar (noch) nicht Rostock, Mölln oder Solingen, aber dennoch: Wer es noch nicht wußte, dem wird hier in sehr detaillierter und vor allem auch fundierter Weise die österreichische Szene erklärt: „Österreichs Rechtsaußen: angejahrte Werwölfe und jugendliche Wehrsportgruppler, distinguierte Südtirol-Bumser, und desparate Bombenleger, greise SS-ler und pubertierende SA-Fans, verfolgte Auschwitzlügner und dekorierte Kriegsschuldleugner, knorrige Präsidentschaftskandidaten und markige Abgeordnete, knüttelnde Barden und knüppelnden Garden, schrille Hetzpostillen und seriös aufgemarscherlte Theorieblätter, diskrete Kulturvereine und publicitygeile Kadergruppen, urige National-Sozialisten und flotte National-Freiheitliche, untätige Behörden und tätige Wiederbetätiger." So steht es auf der Rückseite zu lesen und in der Tat bringt Purtscheller einen Überblick über die weitverzweigten braunen Spuren in Österreich.

Daß Österreich das Problem Rechtsextremismus in verschiedensten Schattierungen kennt, daß in Österreich dieses Problem gerne nicht als solches anerkannt wurde, auch diesem Faktum soll Purtschellers Publikation entgegenwirken.

In den vergangenen Jahren wurde mit der Änderung des Verbotsgesetzes, mit den Verurteilungen von Ochensberger, Honsik und den jugendlichen VAPO-Schlägern um Küssel zwar deutlich gemacht, daß rechtsextreme Gewalt nicht (mehr nur) als Lausbubenstreiche, sondern als reale Bedrohung gesehen wird. Dennoch sind Publikationen wie „Aufbruch der Völkischen" nötig um aufzuzeigen, daß die braunen Spuren bis in höchste politische Gremien reichen, um darzustellen, daß Rechtsextremismus in Österreich nicht vor den Toren des Parlaments halt macht.

Dabei versucht Purtscheller auch, die Scharnierfunktion österreichischer Rechtsextremisten in der internationalen Szene näher zu beleuchten und nachzuweisen, wieweit die rechtsextreme Infiltration staatlicher und medialer Institutionen fortgeschritten ist.

Lediglich die Frage, ob Honsik tatsächlich einerseits Norbert Burger „ablöste" und andererseits soviel geschickter und zeitgemäßer agiert als der ehemalige Präsidentschaftskandidat, scheint etwas überbewertet.

Wer aber aktuell über die österreichische Szene informiert werden will, kann dies zur Zeit wohl kaum besser und umfassender als durch die Lektüre von Purtschellers „Aufbruch der Völkischen".

Reinhold Gärner (Blick nach rechts 18/1993 vom 7.9.93)

Der Pakt - Die Rechten und der Staat

Bernd Siegler u.a. Der Pakt Die Rechte und der Staat Verlag Die Werkstatt Göttingen 1993 28 DM

Die AutorInnen von „Der Pakt" untersuchen weniger faschistische Organisationen, deren Programmatiken oder Mitglieder. Bernd Siegler, taz-Journalist und Autor von „Auferstanden aus Ruinen. Rechtsextremismus in der DDR" (1991) beschreibt kenntnisreich den pfleglichen Umgang von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz mit den FaschistInnen: auch nach Mölln und Solingen geht der Staatssicherheitsapparat mit einem Maximum an Einfühlungsvermögen und einem Minimum an Aufwand gegen die rechte Gewalt vor. Siegler warnt aber auch vor einer anderen Gefahr, der viele Linke zu erliegen drohen: Ihr Ruf nach dem „starken Staat" werde zur Legitimation für den weiteren Ausbau des Apparats der „inneren Sicherheit" benutzt, der den Feind immer noch nur links sieht. Siegler schildert außerdem die Reaktionen der FaschistInnen auf die erfolgten Parteiverbote von Ende 1992. Oliver Tolmein, Redakteur bei „Konkret", analysiert die (rassistische) Parteinahme der Medien für das „Volk", unter anderem anhand der Berichterstattung der Lokalzeitungen von Mannheim und Rostock. Dort finden sich Flüchtlinge als Störfaktor deutscher Lebensidyllen und Verständnis für die TäterInnen. Charlotte Wiedemann („Die Woche") untersucht die Reaktionen des Parteiensystems auf die faschistische Gewalt und dokumentiert, wie sich mehr oder weniger große Elemente rassistischer und nationalistischer Gesinnung in den etablierten Parteien finden lassen.

Resultat aller drei sehr detaillierten Beiträge: Es gibt in Parteien und Institutionen einen verharmlosenden, verständnisvollen Umgang mit Neonazis und militanten RassistInnen, der wie ein heimlicher Pakt wirkt - will man doch meist das selbe: „Deutschland zuerst". Der vierte Beitrag („Autonome sind auch Deutsche") zeichnet die autonome Antifa-Politik der letzten Jahre nach, unterzieht sie einer Kritik und versucht inhaltliche Perspektiven einer weiteren Antifa-Politik zu skizzieren. Er stellt eine allzuoft vorhandene Übereinstimmung zwischen linksradikaler und bürgerlicher Faschismusanalyse fest, die rassistische TäterInnen damit entschuldigt, diese seien weniger bewußt Handelnde als von Armut oder Wohnungsnot zum rassistischen Denken und Handeln Getriebene.

B.H.

Auf den letztgenannten Beitrag von Tolmein/Calamity Jane erfolgte im aktuellen „Antifa Infoblatt" aus Berlin eine interessante Antwort. d.S.

Bücher Bücher Bücher

Beurteilt Vermessen Ermordet

Klaus-Peter Drechsel
Beurteilt
Vermessen
Ermordet-
Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung
1993, 16,80 DM

Mit dem Buch „ Beurteilt Vermessen Ermordet „ hat Klaus-Peter Drechsel ein Thema aufgegriffen, das im allgemeinen von der sogenannten Linken schmählich vernachlässigt wurde, die industrielle Vernichtung von sogenannten Behinderten in der NS-Zeit. Dabei hebt Drechsel insbesondere die Tatsache hervor, daß Euthanasie keine Erfindung der Nazis war, sondern „eingebettet in Betrachtungsweisen, die Mensehen verdinglichen, vermessen und bewerten." Euthanasie war so auch Ausdruck eines gesellschaftlichen Bewußtseins, in dem Menschen nach ihrem „Wert" beurteilt wurden und - sollten sie von der „Norm" abweichen, ihnen letztendlich auch ihre Existenzberechtigung abgesprochen wurde. Daß insbesondere renommierte Wissenschaftler mit ihren Schriften und Theorien den Nationalsozialisten den ideologischen Nährboden für die planmäßige Ermordung von sogenannten Behinderten lieferten, belegt K.P. Drechsel ebenfalls auf eindrucksvolle Art und Weise. Des weiteren widmet er einen großen Teil seines Buches dem Bereich „Psychatrie", da dieser im großen Maße für die Ermordung von sogenannten Behinderten verantwortlich war, denn „aus ihr kamen die Planungen; Psychiater öffneten den Gashahn und zogen die Spritzen auf.". An das Thema „Psychiatrie" schließt dann zwangsläufig die von den Nationalsozialisten propagierte „Rassenhygiene" an, deren Ziel es war, „unzulängliches" Atmen auszuschalten und die biologische Konstitution der Menschen zur Vollendung zu bringen. Klaus-Peter Drechsel versäumt es auch nicht, sich die Frage nach der Wiederholbarkeit der planmäßigen Ermordung von sogenannten Behinderten in der NS-Zeit zu stellen. Dabei konstatiert er, daß der faschistische Staat den Bedingungsrahmen für die Mordprogramme herstellte: „ohne dessen charakteristisches Herrschaftssystem wären die Bewertungs- und Selektionskonzepte von Psychatrie und Rassenhygiene nicht realistisch gewesen." Allerdings bemerkt K.P. Drechsel auch, daß heutzutage renommierte Wissenschaftler auf Kongressen, in Parlamenten und Ethikkommissionen die gleichen Themen diskutieren. Erinnert sei an eine Fernsehsendung, die das „Pro & Contra" der Sterilisierung von sogenannten Behinderten erörterte.

Abschließend läßt sich sagen, daß Klaus-Peter Drechsel ein gut lesbares Buch zu einem komplexen Thema gelungen ist, das zu empfehlen ist.

C.

Verein für das Deutschtum im Ausland

Organisationsprofil
Verein für das Deutschtum im Ausland
Lupe e.V.
198 Seiten, 1993
20,- DM

Auf eine Anfrage der PDS antwortete das Bundesinnenministerium im Februar 1993 u.a.: ...Der VDA (Verein für das Deutschtum im Ausland" genießt wegen seiner langjährigen, behutsammen und erfolgreichen Tätigkeit zugunsten deutscher Minderheiten nicht nur Wertschätzung und Annerkennung in Deutschland. ... Für die Mitarbeit in den Gremien des VDA haben sich zahlreiche, in Wirtschaft, Politik und im gesellschaftlichen Leben bewährte und anerkannte Persönlichkeiten zur Verfügung gestellt, darunter auch Vertreter des Bundes und der Länder. ..."

Die Anfrage der PDS betraf die Rolle des VDA bei der Verwendung von Bundesmitteln zur „Förderung deutscher Minderheiten in osteuropäischen Ländern". Inzwischen ermittelt der Staatsanwalt, wegen Verdachtes des Betruges. Der VDA soll unter anderem Gelder in Millionenhöhe, die für die „Rußlandhilfe" gedacht waren bei Banken abgelegt, und die Zinsen eingestrichen haben.

Ob und wieweit der VDA die über eine Million DM Zinserträge an die Bundeskasse abgeführt hat bleibt weiterhin unklar. Das Innenministerium äußert sich bis heute nicht klar dazu. Das ist auch nicht verwunderlich, war doch Horst Waffenschmidt (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesinnenministerium bis zur Aufdeckung der Machenschaften Mitglied des Verwaltungsrates des VDA.

Mit diesem Skandal rückte dieser deutschtümelnde Verein erstmals in den Blick einer breiteren Öffentlichkeit. Mit ihrem Organisationsprofil liefert der Verein Lupe aus Berlin ein genaues Bild des vereins für das Deutschtum im Ausland. Hinter der Auswahl gerade dieses vereins zur Anlage der Bundesmillionen in Osteuropa steckt offensichtlich die bewußte Förderung einer Organisation, die, personell verquickt mit Regierungsparteien und Bundesministerien, eingebunden in das rechte und faschistische Lager, den Weg für bundesdeutsche Kapitalinteressen im Ausland bereitet. Schwerpunkte der sehr genauen Untersuchung sind dabei einerseits die historische Entwicklung des VDA, der vor über hundert Jahren als deutschtümelnder „Allgemeiner Schulverein" gegründet, später in die nationalsozialistische Außenpolitik integriert wurde und sich 1955 „Neugegründet" wurde. Dazu kommt eine umfangreiche Auflistung der VDA-Mitglieder und ihrer sonstigen Kontakte, sowie eine Untersuchung der offiziellen VDA-Kontakte.

Der Affront von Osnabrück:

Im August 1992 brannte in Rostock ein Heim für Asylsuchende und viele Rostocker klatschten Beifall. Die Stadt an der Warnow wurde zum Symbol für Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Im Oktober wollten Mitglieder der französischen Organisation „Söhne und Töchter deportierter Juden aus Frankreich" eine Mahntafel an der Ruine anbringen. Ein riesiges Polizeiaufgebot hinderte sie daran, einige junge Franzosen wurden festgenommen. Wieder war Rostock in den Schlagzeilen. Um von diesem verheerenden Image loszukommen, lud der Rostocker Stadtrat den Zentralrat der Juden ein. Groß war die Freude, als der Vorsitzende des Direktoriums des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, zusagte. Am 2. November kam er und gab eine Pressekonferenz. An der nahm auch der Vorsitzende des Innenausschusses des Stadtrates, Karlheinz Schmidt (CDU), teil. Und der rempelte Bubis mit der Feststellung an: „Ihre Heimat ist Israel. Ist das richtig so?" Und ohne eine Antwort abzuwarten, fügte der junge Unionschrist hinzu: „Wie beurteilen Sie die täglichen Gewalttaten zwischen Palästinensern und Israelis?" Bubis reagierte erregt wie nur ganz selten. „Sie wollen mit anderen Worten wissen, weas ich hier eigentlich zu suchen habe?" So hätten auch die Nazis damit begonnen, die 500.000 deutschen Juden auszugrenzen. Er sei deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

Für Schmidt war das ein vorläufiges Ende seiner jungen politischen Karriere. Viele große deutsche Zeitungen beschäftigten sich mit dem Affront. Die liberale „Süddeutsche Zeitung" stellte fest „Nichts gelernt", „Unveränderte Niedertracht" verzeichnete die linksliberale „Frankfurter Rundschau", „Das rechte Licht" hieß der Kommentar in der linken „Tageszeitung", für die „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung" war Schmidts Redebeitrag ein „Seitenhieb mit System" und die Kölner Boulevardzeitung „Express" fand den gesamten Vorgang „unerträglich".

Keine deutschen Staatsbürger

Mitte Juli dieses Jahres hat das erzkonservative Institut für Demoskopie Allensbach wissen wollen, was die Leute hierzulande besonders aufgeregt und empört hat. Ergebnis: Die Putzfrauenaffäre des abgehalfterten Verkehrsministers Günther Krause, die Börsenspekulation des ehemaligen IG-Metall-Chefs Franz Steinkühler, finanzielle Affären um den saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine und seinen bayerischen Kollegen Max Streibl. „Das sind echte Skandale", sagten viele der Befragten. Niemand fand es offenbar nur der Erwähnung wert, daß seit dem 26. Mai dieses Jahres deutsche Juden erneut ihre Staatsbürgerschaft verloren haben - genau 60 Jahre nach der ersten Ausbürgerung deutscher Juden durch die Nazis vom 25. August 1993.



Antisemitische Schmiererei

Einen feinen Unterschied zwischen 1933 und 1993 sollte man freilich nicht übersehen: Die Nazis grenzten namentlich genau aus. Zu den 33 Ausgebürgerten vom August 1933 gehörten unter anderem Lion Feuchtwanger, Alfred Kerr, Kurt Tucholsky und Johann Werthauer. Bei der Ausgrenzung im Jahre 1993 macht man es sich einfacher: Man grenzt pauschal alle Juden in Deutschland aus. Und das geht so: Im Oktober 1992 hatte der Dominikanerpater Basilius Streithofen aus dem Kloster Walberberg bei Bonn in Meppen im Emsland einen Vortrag zum Thema „Gesellschaft - Kapital - Moral" gehalten und dabei erklärt: „Die Juden und Polen sind die größten Ausbeuter des deutschen Steuerzahlers". Mehrere Zeitungen berichteten über die Erkenntnisse des Gottesmannes. Im März 1993 wiederholte Streithofen seine Erleuchtungen während einer CDU-Veranstaltung in Ramsbach-Baumbach in Rheinland-Pfalz. Schon nach dem Vortrag in Meppen hatte unter anderen der Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen Strafantrag gegen Streithofen bei der zuständigen Staatsanwaltschaft in

Justiz grenzt Juden aus

Osnabrück gestellt. Nach dem Auftritt in Rheinland-Pfalz schlossen sich Augenzeugen diesem Antrag an. Einige deutsche r Zeitungen berichteten über Streithofens Auftritte und den schwebenden Rechtsstreit, der Westdeutsche Rundfunk, Köln, tat dies auch. Öffentlichkeit und Medien waren also unterrichtet.

Gottesmann bleibt unbehelligt

Am 26. Mai stellte die Staatsanwaltschaft Osnabrück das Ermittlungsverfahren gegen Streithofen ein. In der Begründung heißt es unter anderem, die dem Pater vorgeworfenen Äußerungen träfen zu. Eine strafbare Volksverhetzung setze aber voraus, „daß sich die Äußerungen des Beschuldigten gegen ‚Teile der Bevölkerung' wenden. Dabei meint der Gesetzgeber nur den inländischen Teil der Bevölkerung". Im vorliegenden Fall lasse sich aber „jedenfalls nicht nachweisen, daß die Äußerungen sich objektiv gegen einen Teil der inländischen Bevölkerung im Sinn von Paragraph 130 StGB oder gegen eine Personenmehrheit im Sinne des Beleidigungstatbestandes gerichtet haben. ... Ich habe das Verfahren deshalb gemäß Paragraph 170 11 StPO eingestellt. Hochachtungsvoll Kruppa, Staatsanwalt."

Da haben es die deutschen Juden schwarz auf weiß: Sie sind keine deutschen Staatsbürger und gehören auch nicht zum inländischen Teil der Bevölkerung. Deutschland ist judenrein. Die Osnabrücker Justiz hat zwar mittlerweile auf die Dienstaufsichtsbeschwerde der niedersächsischen jüdischen Gemeinden reagiert und angeordnet, die Ermittlungen wieder aufzunehmen. Öffentlich aufregen kann der Osnabrücker Skandal niemanden, wie die Umfrage von Allensbach beweist.

Heiner Lichtenstein (aus: blick nach rechts 15/1993)

Ergänzung:

Mitte September hat der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, vor zunehmendem Antisemitismus gewarnt. Dabei wies er besonders auf die antisemitischen Drohbriefe hin, die er noch in jüngster Zeit von katholischen wie evangelischen Geistlichen erhalten habe.

Massaker der türkischen Streitkräfte in der Kreisstadt Lice: mindestens 300 Tote

In der Nacht vom 22. Oktober zum 23. Oktober 1993 hat die türkische Armee die kurdische Stadt Lice (Provinz Diyarbakir) angegriffen. Bei diesen Angriffen sind nach den Berichten der kurdischen Agentur Kurd-HA und Berichten der türkischen Presse mehr als 300 Zivilisten getötet worden. Die Zahl dürfte noch höher sein. Flugzeuge haben die Stadt Lice aus der Luft angegriffen und bombardiert. Zu Land marschierten Panzer in die Stadt und zerstörten wahllos Häuser und Geschäfte. Die Häuser stehen in Brand und die Bevölkerung weiß nicht, wo sie Schutz finden kann. Die Bürger stehen der türkischen Armee wehrlos gegenüber und mit größter Brutalität wird auf alles geschossen, was sich bewegt. Die Zahl der getöteten Kinder, Frauen und Alten liegt sehr hoch. Die Verbindungen zu der Stadt sind abgebrochen. Bewohner der in der Nähe gelegenen Dörfer berichten, daß die Stadt unter einem Belagerungszustand der türkischen Armee steht.

Die Nationale Befreiungsarmee Kurdistans (ARGK) erklärte, das von ihr in diesem Gebiet keine Angriffe durchgeführt worden sind. Der Angriff der türkischen Armee wird daher bewußt und wissentlich gegen die Zivilbevölkerung geführt.

(aus einer Pressemitteuilung des Kurdistan-Komitees vom 23.10.1993

„Entsorgung“ der Geschichte

Seit Jahren läuft eine leider sehr erfolgreiche Kampagne zur Bewußtseinsvernebelung der Ursachen und des Wirkens des Nationalsozialismus in der Gesellschaft. Die Kampagne wird von Faschisten und bürgerlichen Kräften getragen, von Medien, Politikerinnen und Wissenschaftlerinnen. Ein neues Bewußtsein soll sich in der Gesellschaft breitmachen. Das Bewußtsein einer neuen historisch gereinigten „nationalen Identität“ in Deutschland, die das dritte Reich nur noch als nahezu geisterhafte Erscheinung wahrnimmt. Die zwei Hauptpfeiler der „Entsorgung“ sind der Geschichts-revisionismus, zu dem auch der sog. „Historikerstreit“ zählt, sowie das Wiedererstarken von Völkischen Betrachtungsweisen zu dem das Gefasel der „nationalen Identität gehört.

„DEUTSCHLAND! MEIN GOTT IST DAS SCHÖN“

(Bild Zeitung Titelseite)

Der Begriff „nationale Identität“ ist ein Kampfbegriff, der in den 6O//7Oer Jahren kaum Bedeutung in der Gesellschaft hatte. Warum sollte er auch? Zu welchem Leid Rassismus und völkische Betrachtungsweisen führen können (dem unbeschreiblichen Terror und dem weltumspannenden Angriff und Vernichtungskrieg der Nationalsozialisten und der Profiteure des Kapitals) waren im Bewußtsein breiter Teile der Bevölkerung noch verankert. Doch das Wissen um die Kontinuität des Nationalsozialismus in der BRD wurde erst in den 6O/7Oer Jahren von der APO, der neuen Linken bis hin zu links bürgerlichen Kreisen erkämpft und in die Gesellschaft getragen. Die BRD war nicht nur Rechtsnachfolger des Dritten Reiches, sondern in ihr bestanden Strukturen des Nationalsozialismus fort. Mit Ausschwitz war der deutsche Faschismus für immer und ewig diskreditiert. Ihre „Identität“ bezogen die Menschen aus ihrer Sozialisation, der sozialen Herkunft und ihrem Sein, das noch immer das Bewußtsein mitbestimmt. Das Wissen, daß wir in einer Klassengesellschaft leben, die durch den Kapitalismus und das Patriarchat bestimmt wird, war vielen Menschen nicht unbekannt. Der „Volksgemeinschaftsgedanke“ spielte eine untergeordnete Rolle. Das sich mittlerweile viele Menschen vor allem als Deutsche verstehen mit den dazugehörigen zugeschriebenen Eigenschaften und Abgrenzungen (damit die Identität nicht flöten geht), sind die Früchte der jahrelangen Kampagne von Faschisten und bürgerlichen Kräften.

Ende der 6Oer Jahre formierte sich die „Neue Rechte“, der es weniger um Parteigründungen ging, als vielmehr um die Erreichung der „kulturellen Hegemonie“ (von dem italienischen Kommunisten Gramsci geklaut), d.h. die Durchdringung der Gesellschaft mit letztendlich faschistischer Ideologie, nur eben „zeitgemäß“ gewendet. So ist der zunehmende Nationalismus in der BRD und ex DDR z.T. auch den „Bemühungen“ der „Neuen Rechten“ zu verdanken, die mit ihrem ideologischen Kampfbegriff der „nationalen Identität“ in bürgerliche, konservative und ehemalige linke Kreise hinein wirken konnte und damit zur Wende nach rechts und des damit verbundenen „neuen" Nationalismus (der alt ist) beitrug.

Die „Neue Rechte“ ist nicht neu, sondern so alt wie der Imperialismus. Neu ist das intellektuelle Gewand, in dem sie sich darstellt. Brisant ist die Bedeutung, die sie aktuell gewonnen hat als Lieferant herrschaftsstabilisierender und Expansion legitimierender Ideologie für den europäischen Imperialismus mit „großdeutschem“ Führungsanspruch.

Doch nicht nur den Faschisten ging es um die Wiederherstellung der „nationalen Identität“. 1982 verdeutlichte Helmut Kohl in seiner ersten Regierungserklärung,er werde die „geistig-moralische Erneuerung“ Deutschlands in Angriff nehmen. Diese „geistig-moralische Erneuerung“ ist von uns Linken jahrelang unterschätzt worden. Das, was heute in breiten Teilen der Bevölkerung an völkischen Betrachtungsweisen durchgesetzt ist, mit all seinen Folgen, mahnte schon 1982 der damalige CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Alfred Dregger an: „Deutschland müsse endlich aus dem Schatten Adolf Hitlers heraustreten“. In der von den Nationalsozialisten erbauten Passauer Nibelungenhalle, in der jedes Jahr die faschistische DVU und die CSU Großkundgebungen abhalten, gab 1988 Franz Josef Strauß beim politischen Aschermittwoch der CSU folgendes zum besten: „Wir müssen heraustreten aus der giftigen Atmosphäre Adolf Hitlers. Wir müssen wieder ein Volk werden, das nicht mehr den gebeugten Gang des Sträflings der Weltgeschichte geht, sondern den aufrechten Gang bewußter Bürger, die stolz sind , daß sie Deutsche sind“. Schluß mit dem Büßergang, Schluß mit dem ewigen Erinnern - genau dies ist der gemeinsame Nenner von Faschisten und bürgerlichen Parteien. So ist es mehr als nur Symbolik wenn der DVU Vorsitzende Frey im selben Jahr, am selben Ort, in der selben Halle inhaltlich die selben Worte wie Strauß sagt. Erklärtes Ziel der militanten Faschisten ist es, die Erinnerung an Ausschwitz zu löschen, weil nur darüber eine Neukonstituierung der NSDAP möglich ist.

Alfred Dreggers Rede zur Lage der Nation im Juni 1983 ließ keinen Zweifel daran, was unter der „Erneuerung“ zu verstehen ist: „Zwischen 1965 und 1975 hat ein Bruch mit der Mehrzahl der Traditionen stattgefunden, die zur Substanz unserer nationalen Identität gehört haben und gehören (Dank der Linken,Anmerk. d. Verf.). Das berührt die Einheit der Nation unmittelbar. Die deutsche Identität insgesamt wurde ins Zwielicht gerückt. Aber mehr noch. Auch die deutsche Geschichte wurde hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt gesehen,inwiefern sie zur nationalsozialistischen Herrschaft führen konnte. Das hat zur Folge, daß die deutsche Geschichte insgesamt abgewertet wurde. Seitdem gibt es ein Trauma in unserer Selbsteinschätzung. Die Wende, die wir politisch erreicht haben und durchsetzen wollen, wird ihre Bewährungsprobe nicht zuletzt darin zu bestehen haben, unsere nationale Identität in der Identität unserer Werte wiederherzustellen“.

Damit die deutsche „nationale Identität“ „gesunden“ konnte, mußte das „Trauma“ der NS-Zeit verschwinden.Da paßte es gut,daß Bundeskanzler Kohl auf seiner Israelreise 1984 stellvertretend für die Nachkriegsdeutschen die „Gnade der späten Geburt“ für sich reklamierte.

Das Jahr 1985 bescherte eine Kette von Ereignissen, die weit über die Grenzen der BRD hinaus Aufsehen erregten. Da gab der innenpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag Hermann Fellner seinen Antisemitismus freien Lauf und formulierte, daß „die Juden sich schnell zu Wort melden, wenn irgendwo in deutschen Kassen Geld klimpert“.

Dann schritten am 5.Mai Bundeskanzler Kohl und US-Präsident Reagen über den Soldatenfriedhof von Bitburg, wo über 2OOO Tote der deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS begraben sind. Der Staatsakt hatte ein Ziel; aus Tätern wurden Opfer

gemacht. Auch „Der Spiegel“ beteiligte sich an der Debatte um Bitburg. Herausgeber Augstein schrieb unter der zynischen Überschrift „Bitte kein Bit!“

„Wer, um Himmels willen, könnte ein Interesse haben, den 8.Mai 1945 zu begehen?“ fragte Augstein und gab die Antwort selbst: „Nun gut, die Sowjetrussen hatten ein echtes politisches Interesse. Sie müssen jede Erinnerung an die Kriegskoalition per Mund beatmen, um Keile und Keilchen zwischen ihre jetzigen Feinde zu treiben“. Aber „warum sollen wir feiern“, fragte Augstein weiter, was gehe „uns die Feierei an ?“ Alles rhetorische Fragen, denn auch hier folgte die Antwort Augsteins auf dem Fuß: „Am albernsten wird die Begehung des 8.Mai, weil dieses Datum nicht nur die Befreiung von Millionen Menschen, sondern auch die Versklavung von Millionen Menschen signiert. Wollen wir nun wirklich noch ein Seminar abhalten, wer mehr Menschen umgebracht hat, Hitler oder Stalin?“ Im Antikommunismus findet die Vereinigung von Kohl, Reagen, Frey und Augstein statt. Aus Opfern werden Täter und aus Täter werden Opfer. Es sollte immer noch das alte Horkheimer Wort gelten.

„Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“.

Mitte der 8Oer Jahre begann der sog. Historikerstreit. Worum es ging brachte im April 1986 der Kanzlerberater in Sachen Geschichte Prof. Michael Stürmer auf eine kurze Formel - es gewinne die Zukunft in Deutschland, „wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet“. Die Vergangenheit wurde in der Folge von bürgerlichen und faschistischen Publizistinnen ausgibig gedeutet. So z.B. im Juni 1986 in der FAZ durch Prof. Ernst Nolte in seinem Beitrag „Vergangenheit die nicht vergehen will“. Unter der Zwischenüberschrift „Archipel GULag und Ausschwitz“ fragte sich der Historiker: „Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine „asiatische“ Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer „asiatischen“ Tat betrachteten?“ Nolte meint was er sagt, er fragt rhetorisch weiter: „War nicht der „Archipel GULag“ ursprünglicher als Ausschwitz? War nicht der „Klassenmord“ der Bolschewiki das logische und faktische Prius des „Rassenmord“ der Nationalsozialisten?“

Endlich wissen wir, daß die Nationalsozialisten die eigentlichen Opfer waren und nur deswegen zur Täterin geworden sind.

Das deutsche Bürgerinnentum, daß den Nationalsozialismus zur Macht verhalf und damit auch Ausschwitz möglich machte, will mit diesem Makel nicht mehr leben. Der Makel wird generalisiert und internationalisiert, bis wir schließlich alle nur noch Opfer sind. Alle nur noch Opfer? Nein natürlich nicht, es gibt auch wieder Täterinnen. So sprach Kohl Anfang 1987 von den „politischen Gefangenen in den Konzentrationslagern der DDR“. Der damalige Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) gab kurz darauf kund, daß er unter Faschismus sowieso nur einen politischen Kampfbegriff von Kommunisten verstehe. Die letzte Steigerung blieb schließlich dem CSU-Europaabgeorneten Otto von Habsburg (Sohn des letzten österreichischen Kaisers) vorbehalten: „Die sogenannte DDR hat nicht nur KZs eingerichtet, sie ist selber ein riesiges Konzentrationslager“. Habsburg ist Präsident der faschistoiden Pan-Europa-Union und war Mitglied im Hilfskomitee „Freiheit für Rudolf Heß“.

Nachdem nun alle Täterinnen in der ex DDR und des Ostblocks gestürzt sind, verrät uns Wolfgang Schäuble wie es weitergeht. Zu sehen am 1.12.92 in der TV Sendung „Kennzeichen D“. Schäuble spricht vor Burschenschaftlern in Wichs und Montur auf der Burg von Eisenach: „Die Deutschen...(er stockt)...hier im Osten Deutschlands, wie wir jetzt sagen, obwohl es in der Mitte Deutschlands ist...“.Weiter kommt er nicht. Donnernder Applaus. Schäuble weiß, daß er einen Volltreffer gelandet hat. Eisenach liege, so Schäuble, „in der Mitte Deutschlands“. Er meint „Mitteldeutschland“ wie es die Faschisten nennen. Und da Eisenach in „Mitteldeutschland“ liegt, ist halt Königsberg, Pommern oder Schlesien in „Ostdeutschland“. Der „alte Osten Deutschlands“ liegt zumindest ökonomisch schon voll im Einfluß-und Machtbereich des BRD Kapitals und das geographische kann ja noch kommen!

Eifrig stürzen sich Politikerinnen und Historikerinnen auf das untergegangene DDR-System, Vergleiche werden gezogen, die nur ein Ziel haben: Die Geschichte und Verbrechen des deutschen Kapitals und des Nationalsozialismus zu relativieren, zu verharmlosen und auszulöschen. Alles nach der alten totalitaristischen Formel: Rot gleich Braun.

Der Faschismus soll auf einzelne verbrecherische Figuren reduziert werden. Faschistische „Lösungsmuster“ sollen wieder diskutier- und anwendbar gemacht werden, z.B. (Eutanasie Debatte, „Volksgemeinschaft“, starker Staat, reaktionäres Frauenbild, Militarisierung der Gesellschaft, Krieg). Der deutsche Wirtschaftsimperialismus will innen-und außenpolitisch Konkurrenzfähig bleiben und expandieren. Er wappnet sich

für die Zunahme der weltweiten Verteilungskämpfe. Dazu gehört neben der ökonomischen die militärische Macht. Die Gesellschaft und die Bundeswehr werden darauf vorbereitet, deutsche Kapitalinteressen in aller Welt in zunehmenden Maße auch mit kriegerischen Mitteln durchzusetzen. Dazu ist die Brutalisierung und Militarisierung der Gesellschaft nach innen notwendig. Die Pogrome von Hoyerswerder, Mannheim und Rostock haben durchaus mit dazu beigetragen, die Gesellschaft kriegsfähig zu machen. Aber auch die „Entsorgung“ der Geschichte gehört zur notwendigen Propaganda, die Gesellschaft auf das Kommende „einzustimmen“. Schließlich gilt es, den bisher brutalsten und umfassendsten Versuch des deutschen Imperialismus, sich die Vorherrschaft in Europa zu erobern, der Faschismus eben, Vergessen zu machen.

Herbert Kremp, Chefkorrespondent der Welt, läßt im September 199O seinen Großmachtphantasien freien Lauf: „Das künftige Deutschland steht als Großmacht vor den Trümmern Osteuropas, und die Halde reicht bis in die Tiefen Rußlands. „Bis dorthin reichten schon einmal deutsche Truppen! Dafür braucht mensch die neue/alte „Moral“. Da wird munter Ausschwitz mit Bautzen verglichen, die Gestapo mit der Stasi und die sechs Millionen ermordeten Jüdinnen mit den - welch ein Zufall - „sechs Millionen Stasi Opfern“.

Arnulf Baring,ein Historiker der bevorzugt in der FAZ zu Wort kommt, gibt kund, daß „wir Deutschen“aufgrund unserer Vergangenheitsbewältigung „unsere ganze Geschichte vor 1945 in den Abfallkorb geworfen“ hätten, „aus dem wir sie jetzt mühsam wieder herausklauben müssen“. In diesem Papierkorb läßt Baring beim Wühlen keine Schicht aus und er klaubt jede Menge heraus. Das Ergebnis nimmt er gleich vorweg: „Wir erleben jetzt die Wiederkehr Deutschlands.“ Und es stellt sich für ihn die Frage, ob „der Verzicht Deutschlands auf Atomwaffen wirklich für alle Zukunft gelten sollte“. Das deutsche Bürgerinnentum läuft Amok. Spiegel Herausgeber Augstein kann sich Situationen vorstellen, in denen Deutschland sich „unter Bruch bestehender Verträge in den Besitz von Atomwaffen bringen“ müßte.

Wenn die Folgen für die Mehrheit der Menschen nicht so katastrophal wären, könnte mensch meinen, wir säßen in einem großem Theater. Gespielt wird seit Jahren das selbe Stück, mit dem Titel: „Entsorgung der Geschichte“. Die Schau-

spielerinnen und Sofleusinnen wechseln, das Stück bleibt das gleiche.Der rechte Baring wird vom bürgerlichen Augstein abgelöst. Nach der Pause kommt der Faschist Haider im Duo mit dem liberalen Wolfram Engels. Wie das? Hat nicht der österreichische Chef der faschistischen FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) Jörg Haider bei einer FDP-Tournee durch die BRD im Herbst 1992 die „ordentliche Beschäftigungspolitik" der Nazis gelobt? Hat nicht der Herausgeber der liberalen Wirtschaftswoche, Engels, im Juli 1991 die scheinbaren Vorzüge nationalsozialistischer Ökonomie entdeckt? Er fordert den Bruch des „Tabus der Nazizeit", denn „die Wirtschaftsgeschichte der Nazizeit ist von ganz besonderen Interesse...Die Wachstumsrate des realen Sozialprodukts lag bei knapp 1O%...Diese Zahlen sind aufregend...Können wir auf Erfolgsrezepte nur deshalb verzichten, weil Adolf Hitler sie angewandt hat?" Die Antwort liefert er gleich mit: „Wir verzichten schließlich auch nicht auf die Teilnahme an Olympischen Spielen, auf deutsche Schäferhunde und auf Chorgesang."

Wir wollen ihm nicht widersprechen.

Auch Teile der SPD beteiligen sich an der Rekonstruktion des Völkischen.Im April 92 gründeten Leipziger Jusos einen „Verein zur Förderung des nationalen Gedankens und der Solidarität in der deutschen Jugend", genannt „Hofgeismarer Kreis". Ideologisch orientieren sich die „Hofgeismarer" am historischen „Hofgeismarer Kreis" der 2Oer Jahre. Er wurde von dem national orientierten SPD-Mehrheitsflügel unterstützt, mit dem Ziel, die Jungsozialisten auf ein großdeutsches-Reich einzuschwören. Das Motto war: „Klasse muß Nation werden". Der bekannteste Vertreter des „Hofgeismarer Kreises" und ideologisches Vorbild der Leipziger Jusos ist Ernst Niekisch, ein ideologischer Wegbereiter des Nationalsozialismus. Um Ernst Niekisch vorzustellen, wollen wir ihn selber sprechen lassen:

„Ein mächtiges germanisch-slawisches Weltreich birgt der Osten in seinem Schoße...Ein neues Zentrum entstünde alsdann, das vom Stillen Ozean bis zum Rhein, von Wladiwostock bis Vlissingen reichte...Deutschland als Kopf, Organisator...jenes Machtgebilde wäre ein Preußen im Weltmaßstab...Ordensgeist rüstet sich vom Ural bis an die Elbe, um den Geist des Demokratismus ... zurückzujagen ... und wieder eine Rangordnung errichtete, die jedem das Seine gewährte..Allein der Geist preußischer Zucht, preußischer Entbehrung, preußisches Kämpfertum kann es ans Licht des Tages heben. Die deutsche Sendung ist sichtbar".

Die Eigenschaft, dort wo andere Menschen Phantasie und Sinne entwickeln, Stahlsplitter sitzen zu haben, teilt Niekisch mit allen „National", "Konservativen" - "RevolutionärInnen" und Faschisten. So ist es nur konsequent, wenn der Fascho-Juso-Kreis meint: „Die Deutschen und allen voran die Politiker, müssen sich von den sinnlosen Schuldkomplexen der tiefen Nationaldepression lösen. Es muß Schluß sein mit der Komprimierung tausendjähriger Geschichte auf zwölf Jahre". Mitte Juli 93 veranstalteten die „Hofgeismarer" mit der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung ein Seminar zum Thema: „Nationale Gedanken in Deutschland und in der Sozialdemokratie". Ein weiterer Förderer der Leipziger Jusos ist der Leiter der SPD Parteischule Tilman Fichter. Schon 1985 unterzeichnete Fichter eine von Nationalrevolutionären verfasste „Denkschrift" zur Wiedervereinigung Deutschlands gemeinsam mit Altnazis und Neofaschisten. Er gehört neben Peter Glotz und anderen zu den SPD Vordenkern, die auf eine sozialdemokratische Besetzung der „Nationalen Frage" setzen. Auch der SPD-Landesvorsitzende von Brandenburg Steffen Reiche ist stolz, ein Deutscher zu sein; „dieses nationale Gefühl zu betonen müsse legitim sein, um die Leute vor dem Rechtsextremen zu retten. Nationaldenkende werden durch den Antinationalismus der Linken erst zu Rechtsextremen gemacht".

Wohin dies führt, hat Erich Mühsam sehr anschaulich beschrieben:

.....

Vorwärts mit Tabak und Kümmel!
Bajonette.Schlachtgetümmel!
Vorwärts!Sterben oder Siegen!
Deutscher kennt kein Unterliegen.
Knochen splittern,Fetzen fliegen.
So lebt der edle Kriegerstand.
Der Schweiß tropft in den Grabenrand,
das Blut tropft in den Straßenrand,
mit Gott,mit Gott,mit Gott,
mit Gott für König und Vaterland.

Angeschossen,-hochgeschmissen,-
Bauch und Därme aufgerissen.
Rote Häuser-blauer Äther-
Teufel!Alle heiligen Väter!...
Mutter!Mutter!!Sanitäter!!!
So stirbt der edle Kriegerstand,
in Stiefel,Maul und Ohren Sand
und auf das Grab drei Schippen Sand-
mit Gott,mit Gott,mit Gott,
mit Gott für König und Vaterland.

Vorabdruck aus dem mitte November erscheinenden Broschüren „Multimillionär Fraey und seine DVU" (2. stark erweiterte Auflage) und „Es gibt viele Arten zu töten - Gerhard Bögelein, der Prozeß". Zu beziehen über:Autonome Infogruppe, Schweffelstraße 6, 24118 Kiel









VINETA
Minicar

7 70 70

MC Minicar Kiel
GmbH · Vinetaplatz 5
2300 Kiel 14

6 20 20

schuhe schuhe schuhe schuhe schuhe schuhe schuhe
schuhe schuhe schuhe schuhe schuhe schuhe schuhe

gut zu fuß

jungfernstieg 7 · 24103 kiel
telefon 0431/94443

schuhe schuhe schuhe schuhe schuhe schuhe schuhe
schuhe schuhe schuhe schuhe schuhe schuhe schuhe

